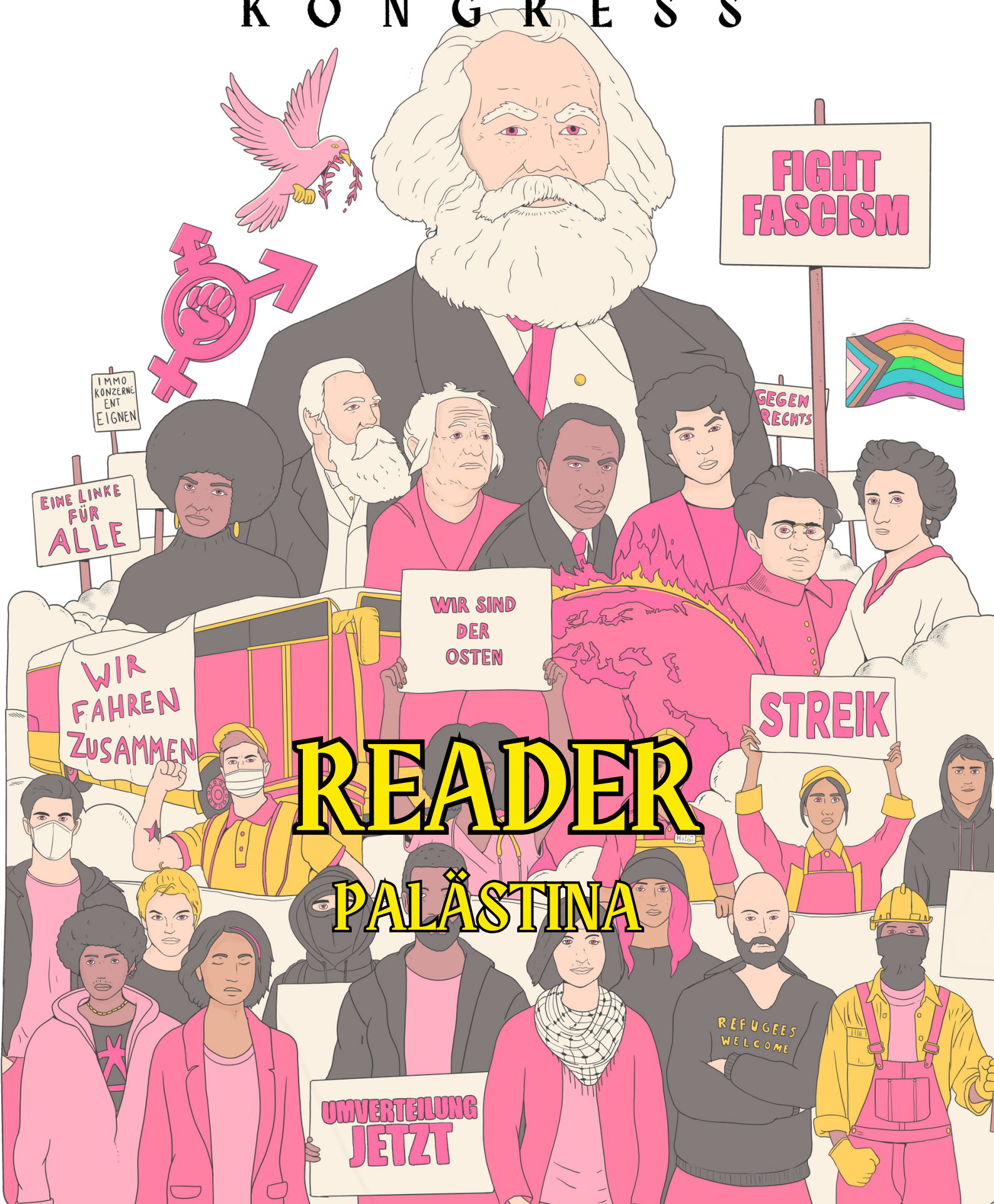


MARX IS' MUSS

K O N G R E S S



wurden Händler, Geschäftsleute und Bodenspekulanten; da sie jetzt vom lokalen palästinensischen Markt abhängig wurden, entwickelten sie sich auf einmal zu antiarabischen Chauvinisten und patriotischen rechts-radikalen Zionisten.

Nathan Weinstock faßt die Bedeutung dieser ursprünglich nicht-zionistischen Kolonisation zusammen:

»Dank der Hilfe des Barons de Rothschild erwarb die zionistische Kolonisation einen soliden Grund; deswegen wurde ihm der Titel »Vater des Jischuw« verliehen, obwohl er nicht Zionist war. Seine Kolonien hatten vielmehr dem französischen Imperialismus zu dienen. Ohne seine Investitionen wäre die zionistische Kolonisation zum Scheitern verurteilt gewesen. Welcher Emigrant hätte auch nur den Import der Eukalyptusbäume, die zur Entwässerung der Sümpfe nötig waren, finanzieren können?«²⁴

Im Jahre 1900 verkaufte der Baron die »Jewish Colonisation Association« an einen anderen französischen Baron, Maurice de Hirsch. Die JCA half jüdischen Ansiedlungsprojekten in verschiedenen Weltteilen, vor allem in Nord- und Südamerika. Nach Gründung des Staates Israel wurde die PJCA vom »Jüdischen Nationalfonds« (KKL) übernommen, und hiermit endete jede jüdische Kolonisation in Palästina durch Nichtzionisten.

Die zionistische Kolonisation seit 1900 bis zum Ersten Weltkrieg

Die sog. »2. Alijah« (die jüdische Immigration nach Palästina 1904-1914) schuf einen neuen Siedlertyp im Lande. Viele von ihnen waren direkt oder indirekt vom russischen Populismus (den Narodniki) beeinflusst und von der Niederlage der Revolution von 1905 in Rußland stark geprägt. In Palästina mußten sie ihre materielle Existenz und ihr Überleben sichern. So entstand einerseits sofort ein Konflikt zwischen ihnen und den arabischen Arbeitern in den jüdischen Plantagen und andererseits mit den Plantagenbesitzern, von denen sie mit der Losung »Eroberung der Arbeit« die ausschließliche Beschäftigung jüdischer Arbeiter verlangten. Jetzt stoßen wir bereits auf die spezifische zionistische Kolonisation, in welcher nicht der örtliche palästinensische Arbeiter ausgebeutet, sondern zugunsten des jüdischen Arbeiters völlig aus dem jüdischen Wirtschaftssektor ausgeschlossen werden sollte. Dies entspricht zwar nicht dem Wertgesetz der kapitalistischen Produktion, aber die Juden sollten dieses Land als ihr »Heimatland« übernehmen und eine eigene Arbeiterklasse schaffen.

Der 1901 geschaffene »Jüdische Nationalfonds« (Keren Kajemet Lej Israel) kaufte Boden auf, der für unveräußerlich erklärt wurde, und nur jüdische Pächter selbst durften ihn bearbeiten. Der Boden, der dieser Institution gehörte, wurde zum *nationalen Boden* erklärt. Dan Diner schreibt in seinem Werk, »Israel in Palästina«, daß dieser Boden in ein Territorium verwandelt wurde, das dem Zionismus als strategische Basis zur Schaffung des Staates Israel diene.²⁵

1908 wurde unter Leitung Dr. Arthur Ruppins in Jaffa das »Palästina-Büro« des ZWV eröffnet; dies war die zionistische Verwaltung zur Organisation des Ansiedlungswerkes und der erste Kern, um die Vorarbeiten zur Gründung des zionisti-

schen Staates in Palästina zu leisten. Unter der Oberleitung dieses Büros organisierten die jungen Kolonisten im Jahre 1907 die ersten bewaffneten Abteilungen. 1911 entstand der erste Kibbuz, Daganja. 1914 bestanden bereits 40 Siedlungen verschiedener Art; die jüdische Bevölkerung zählte 85 000 Köpfe, von denen nicht mehr als 35 000 als zionistische Einwanderer bezeichnet werden konnten. Die letzteren wurden zu einer Schicht, die sich radikal vom alten »Jischuw« unterschied, welcher öfters die »zionistischen Umtriebe« öffentlich anprangerte.

Weinstock schreibt:

»So entwickelte sich in Palästina am Anfang des »Jahrhunderts graduell eine autonome jüdische Gesellschaft mit einer eigenen Arbeiterklasse und dem Keim einer Bourgeoisie, die gemeinsam die zionistischen Kolonisten zu einer homogenen nationalen Gemeinschaft modelte ... Man erlebt seit diesem Moment die Konstituierung einer nationalen Einheit im Nahen Osten, die aus einem spezifischen Prozeß separater zionistischer Kolonisierung und einem jüdischen Schmelztiegel in Palästina hervorgeht: die israelische Nation in der Embryo-Phase.«²⁶

Und weiter:

»Die zweite Welle von Pionier-Immigranten war von »einem Gleichheits- und Kollektiveale beseelt, die sie in der Konkretisierung der Arbeiter-Kolonisation fanden.« »Indessen beurteilt man einen Prozeß nicht nach der Idee ..., sondern man geht von seinem effektiven Inhalt aus ... *Das Unternehmen war objektiv eine koloniale Expansion* (von mir unterstrichen — J.T.), ... ein Projekt, das die zionistischen Fonds zu Fleisch und Blut machten.«²⁷

Kapitel 9

Die Balfour-Deklaration und britische Eroberung Palästinas

Der Hintergrund

»Die Geschichte ... muß ... vor allem berichten, was geschah und wie es geschah. Das allein jedoch genügt nicht. Aus dem Bericht selbst muß klarwerden, weshalb es so und nicht anders geschah. Die Geschehnisse können weder als Kette von Abenteuern betrachtet werden noch auf den Faden einer vorgefaßten Moral aufgezogen werden. Sie müssen ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit gehorchen.«²⁸

Auf diese Weise wollen wir den Hintergrund und den Antrieb feststellen, der zur Balfour-Deklaration und der weiteren zionistischen Entwicklung in Palästina führte.

»Der Arabische Osten ist für die imperialistischen Mächte aus vier Hauptgründen wichtig: 1. als ein Weg in andere Regionen — Indien, Australien, China, usw.; 2. als Quelle für Rohmaterialien; 3. als Markt für Fertigwaren; 4. als Gebiet für Kapitalinvestitionen. Selbstverständlich besteht eine enge Verbindung zwischen den vier Aspekten.«²⁹

Der Suezkanal war von erstrangiger Bedeutung für den Import und Export wichtiger Rohstoffe und Konsumartikel von und aus Mittel- und Ostasien. Deutschland wollte eine Eisenbahnlinie bauen, die es mit dem Persisch-Arabischen Golf verbindet; aber aufgrund seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg war es gezwungen, den Bau der Eisenbahn den Briten zu überlassen, die mit ihr wesentliche Teile ihres Imperiums untereinander verbinden wollten. Ebenso wurde der Arabische Osten eine wichtige Durchflugs- und Zwischenlandungsbasis auf dem Weg zu den asiatischen und afrikanischen Kolonien Großbritanniens. Die Herrschaft über diese Verbindungswege wurde am Ende des Ersten Weltkrieges geregelt. Die ersten 20 Jahre dieses Jahrhunderts waren bereits Jahre der Entdeckung und der Entwicklung riesiger Öl-Reserven in der Region, auf deren Besitz die britische Regierung großen Wert legte. Der Hafen von Haifa wurde von Großbritannien zum Terminal einer Pipeline aus Mossul (Irak) bestimmt. Alle Großmächte lugten mit Wolfsaugen auf den Erdöl-Reichtum der Region. Palästina war aus diesem Grunde ein wichtiges strategisches Gebiet.

Von nicht geringerer Bedeutung als der Kampf zwischen den Feinden England und Deutschland war der Konkurrenzkampf zwischen Großbritannien und Frankreich. Jede Macht versuchte, die großen Reserven von Erdöl und anderen chemischen Stoffen (Pottasche, Magnesium, Bromine, u.a.) sowie die erstklassige ägyptische Baumwolle angesichts des quasi amerikanischen Monopols dieses Produkts in jener Zeit an sich zu reißen. Ferner spielte die Region auch eine Rolle als Absatzmarkt; Großbritannien exportierte bereits vor dem Ersten Weltkrieg für 70-80 Millionen £ hierher, für jene Tage eine beträchtliche Summe. Schließlich war Ägypten als Investitions-Gebiet von großer Bedeutung; vor allem, wenn man in Rechnung stellt, daß diese Gelder durch die unglaublichste Aussaugung des ägyptischen Volkes selbst erwirtschaftet wurden.

Die Mächte, vor allem Groß-Britannien, Frankreich und Deutschland, die bereits Milliarden im türkischen Imperium investiert hatten, wollten einen großen Happen des vor der Aufteilung stehenden Imperiums des »kranken Mannes am Bosphorus« für sich sichern. In zweiter Linie spielten auch die USA, Belgien, Holland und Rußland mit. Die Aufteilung wurde in den Schlachten des Ersten Weltkrieges entschieden.

N. Weinstock sagt:

»Von seiten der Entente zögerte man nicht, das Ottomanische Imperium durch eine Serie von geheimen Abkommen seit 1915 aufzuteilen. Diese Geheimverträge wurden, sehr ungelegen für die Interessenten, von den bolschewistischen Führern nach der Revolution aufgedeckt. Auf dem Viehmarkt versuchte jeder Kerl, die Nachbarn zu überlisten... Behalten wir von all diesen Projekten, mit denen Engländer, Franzosen, Russen, Italiener und einige kleinere Mächte ihre Vorteile angesichts der nächsten Jagd sichern wollten, den Briefwechsel McMahon-Hussain, das Sykes-Picot-Abkommen und die Balfour-Deklaration im Auge.«³⁰

Die Balfour-Deklaration einer »jüdischen Heimat« in Palästina

Um Palästina für sich zu sichern und den ganzen Arabischen Osten und selbst Westasien in seine Einflußsphären einzubeziehen, scheute der britische Imperialismus vor keiner Niedertracht, keinem Stiften von Zwietracht und keinem Betrug zurück.

Der britische Außenminister Lord Balfour schickte am 2. November 1917 an die Adresse des Barons Walter de Rothschild ein Schreiben, in welchem gesagt wird:

»Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei es sich versteht, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.«³¹

Die Forderung, die nichtjüdischen Gemeinden nicht zu schädigen, das heißt 80 % der damaligen Bewohner des Landes, die auch ein Teil der Bevölkerung der gesamten arabischen Region bildeten, sollte die betrogenen Araber beruhigen. Die Sicherstellung des Status der Juden in der Welt erfolgte durch die Forderung und den Druck der nicht-zionistischen und selbst der anti-zionistischen jüdischen Bourgeoisie in England und anderen Staaten. Das Versprechen, bei der Errichtung einer »jüdischen Heimstätte« in Palästina zu helfen, entsprach den Bedürfnissen der britischen Interessen und richtete sich gegen die Forderungen der arabischen nationalen Bewegung.

W. Laqueur meint, daß Lloyd George und Balfour die Balfour-Deklaration verfaßten und veröffentlichten, »nicht weil sie vom britischen Gesichtspunkt aus vorteilhaft oder zweckmäßig wäre, sondern weil sie das als gerechte Tat hinnahmen... Es war im Ganzen ein selbstloser Akt...«. Die Geschichte des britischen (und eines jeden anderen) Imperialismus beweist, daß unmöglich von einem »selbstlosen Akt« die Rede sein kann, vielmehr von kalter anti-humaner Berechnung die Rede sein muß. Die Imperialisten können mitunter in ihrer Planung irren, aber nie handeln sie bewußt »unabhängig von ihren nationalen Interessen«; allein der »Sykes-Picot-Vertrag«, der in der russischen Revolution aufgedeckt wurde, beweist das zur Genüge. Laqueur meint: »Palästina war keine Frage von überragender Bedeutung, und dies machte die Entscheidung leichter.«^{31*} — Dieser Unsinn ist auch bei einigen israelischen, selbst »linken« Historikern zu finden. Palästina war in jener Zeit ein Eckpfeiler britischer imperialer ökonomischer, politischer und militärischer Strategie, und da konnte der Zionismus keine philanthropische, sondern nur eine höchst politische Kategorie sein. Großbritannien verließ später Palästina, weil sein Kolonialreich zusammenbrach und es von der US-amerikanischen Regierung einen Tritt erhielt, nicht weil dies seinem Willen und seinen Interessen entsprochen hätte.

Herbert Samuel, der erste britische Hochkommissar für Palästina, erwähnte bereits in einem Memorandum vom März 1915 die Etablierung eines jüdischen Heimatlandes als Bastion englischer Politik im Nahen Osten. Darin konkretisiert

sich Herzls Absicht der »Schaffung einer Mauer der europäischen Zivilisation gegen die asiatische Barbarei.«

Der britische Gouverneur von Jerusalem 1927-1926, Sir Ronald Storrs, meinte:

»Obwohl das Land noch nicht 16 oder auch nur 8 Millionen Juden aufnehmen konnte, so konnten doch genügend zurückkehren, um — wenn schon nicht den Judenstaat zu bilden (den einige Extremisten öffentlich forderten) — wenigstens zu beweisen, daß das Unternehmen eines war, welches den Gebenden ebenso Segen spendete wie dem Nehmenden, indem man für England ein ‚kleines jüdisches Ulster‘ in einem Meer des potentiell feindseligen Arabertums bildete.«³³

Die Schaffung »eines kleinen jüdischen Ulster« gegen das »feinselige Arabertum«, das ist doch wohl keine humane Motivation. Und die zionistischen Führer machten sich darüber keine Illusionen. Chaim Weizman, der Führer der englischen Zionisten und später der erste Präsident des Staates Israel, erklärte gelegentlich: »Was wir wollten, war britisches Protektorat.« Und Lord Cecil meinte, daß »ein jüdisches Palästina ein Schutz für England sein werde, besonders was den Suez-Kanal betrifft.«

N. Weinstock sagt sehr richtig:

»Ein Mythos, der zerstört werden muß, ist, daß es sentimentale Beweggründe waren, die das britische Kabinett in dieser Angelegenheit leiteten. Diese Behauptung scheint sehr ungereimt zu sein, da Lord Balfour selbst das Maß seines Philosemitismus in der Kampagne bewies, die er für den ‚Aliens Act (1905)‘, der den verfolgten russischen Juden die Einreise in britisches Territorium verbot, führte. Betreffs des damaligen Premiers, Lloyd George, über den damaligen Premier L. G., bemerkte ein Historiker, daß er äußerst gleichgültig gegenüber der Vergangenheit und der Zukunft der Juden war.«³⁴

Das Versprechen, eine Heimat für die Juden in Palästina zu schaffen, was faktisch einem jüdischen Staat gleichkommt, hatte also nichts mit Freundlichkeit oder Sympathie gegenüber dem jüdischen Volk zu tun, sondern war ausschließlich von den imperialen Interessen Groß-Britanniens diktiert.

Fügen wir noch die Worte Ben-Gurions auf dem 19. Zionisten-Kongreß 1935 als authentisches Zeugnis hinzu, das die engste Verbindung des Zionismus — natürlich während einer begrenzten Periode, bevor die USA an seine Stelle trat — mit dem britischen Imperialismus beweist: »Wer auch immer Großbritannien verrät, verrät den Zionismus.«

Die britischen Versprechungen an die Araber

Die arabische Intelligenz — vor allem im groß-syrischen Distrikt, zu welchem auch Palästina gehörte — versprach sich anfänglich viel von der »bürgerlich-demokratischen« Bewegung der »Jungtürken«. Aber als der »jungtürkische« Kommandant in Syrien sich als der »Schlächter der Araber« herausstellte, waren die Araber eines besseren belehrt. Großbritannien nutzte diese Lage aus, und die Vertreter des britischen Kriegsministers Kitchener in Kairo versprachen den Arabern in demagogischer Weise, ihnen zu helfen, einen souveränen Staat zu bilden. Die britischen Agenten gaben der jungen national-arabischen Bewegung keine Unterstützung,

sondern Lawrence, Storr und St. John Philby kollaborierten vielmehr mit der Haschemiten-Dynastie, die die armselige jung-türkische bürgerliche »Revolution« selbst mehr als die frühere ottomanische Unterdrückung der Araber unter Sultan Hamid fürchtete. Die im Juni 1916 ausgebrochene »arabische Revolution« war nichts als eine Finte, die den britischen Interessen und zur Beruhigung der Araber diente.

1918 verkündete England von neuem, die arabische Unabhängigkeit zu unterstützen, aber die Führer der arabischen nationalen Bewegung glaubten ihnen nicht noch einmal und wußten, daß es nur mit den rückständigen Beduinen-Fürsten gegen die arabischen Interessen intrigierte. In Wirklichkeit wurde der Arabische Osten gemäß dem Sykes-Picot-Abkommen balkanisiert, die Balfour-Deklaration wurde 1920 offiziell bestätigt, das britische Mandat über Palästina wurde 1922 vom Völkerbund ratifiziert, und die britische Regierung beförderte ihre arabischen Alliierten, Mitglieder der Haschemiten-Familie, zu Oberhäuptern von »souveränen« Staaten unter britischer Herrschaft. Die britisch-französischen Alliierten teilten die Region unter sich auf, wobei die Zionisten und die arabischen Haschemiten unter sich Abkommen abschlossen.

»Am 3. Januar 1919 wird anlässlich der Pariser Friedenskonferenz das Faisal-Weizman-Abkommen geschlossen. Faisal, offizieller Vertreter seines Vaters Hussein³⁵ und nicht-legitimierter ‚Sprecher‘ der arabischen Nation, erkennt dem Vertreter der zionistischen Organisation gegenüber ein vom arabischen Staat getrenntes Palästina an, billigt die jüdische Einwanderung dorthin und faßt eine Zusammenarbeit mit der Zionistischen Organisation ins Auge. Alles freilich unter der Bedingung, daß die von ihm geforderte ‚arabische Unabhängigkeit‘ zustande kommt.«³⁶

Das Faisal-Weizman-Abkommen von 1919 ist ein Vorläufer des Abkommens zwischen Abdalla und Ben Gurion im Jahre 1948, in welchem Palästina aufgeteilt wurde.

Der Zionismus im Ersten Weltkrieg

Der Kriegseintritt der Türkei an der Seite der Mittelmächte (Deutsches Kaiserreich und österreich-ungarische Monarchie) stellte die in Palästina lebenden Juden vor die Alternative: entweder die türkische Staatsangehörigkeit anzunehmen und in der türkischen Armee gegen die Alliierten zu kämpfen oder das Land zu verlassen. Sehr viele gingen den zweiten Weg, kehrten nach Europa zurück oder setzten ihre Wanderung in die Übersee-Länder fort; manche unter ihnen gingen nach Ägypten, das faktisch bereits vom türkischen Imperium losgelöst und von den Briten beherrscht wurde. In Palästina herrschten Hunger und Epidemien; am Waffenstillstands-Tag lebten im Lande nur noch 57 000 Juden (1914 waren es 85 000). Trotz dieser extrem schwierigen Lage unterbrach die zionistische Bewegung ihre Kolonisationstätigkeit nicht, wenn sie auch beschränkter und vorsichtiger erfolgte; sie gründete in diesem Zeitabschnitt mehrere kooperative Kolonien für die »Arbeiter-Ansiedlung«.

Alle nationalen Verbände des ZWV (außer der russischen, die nur für die

Teil III

Die Periode der Vorbereitung des Staates Israel

Kapitel 10

Die zionistische Kolonisation bis zur Staatsgründung

Die dreißig Jahre zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 und der Proklamation der Errichtung des Staates Israel 1948 waren für die zionistische Bewegung sowohl in Palästina als auch in der Welt eine Periode zur Vorbereitung der Staatsgründung. Diese Periode war keine einheitlich und ruhig verlaufende Entwicklung der internationalen politischen und ökonomischen Situation. Es gab Krisen und Aufschwünge, Tragödien größten Ausmaßes und Erfolge der zionistischen Perspektive und Planung. Deswegen wäre es falsch, diese Zeitspanne allein vom Gesichtspunkt der zionistischen Aktivitäten aus zu betrachten.

Die zionistische Praxis in Palästina während der britischen Mandatsperiode (1918-1948) wurde wesentlich durch drei antagonistische Komponenten bestimmt: 1. die zionistische Kolonisation und die Errichtung der Infrastruktur für die zionistischen ökonomischen, sozialen, kulturellen und administrativen Institutionen des zukünftigen jüdischen Staates; 2. die Existenz der palästinensischen Araber und ihre absolute Ablehnung der zionistischen Kolonisation und ihr Kampf gegen diese Kolonisation; 3. die britische Mandatsmacht, die sich heuchlerisch gegenüber den Arabern und den Juden verhielt, um ihre imperialistischen Interessen zu wahren.

Seit seinen Anfängen beabsichtigte der Zionismus, eine ethnisch homogene Einheit zu bilden und seine exklusive territoriale Souveränität über Palästina zu errichten. Diese jüdische Exklusivität ist das Wesen der zionistischen Ideologie, dem die verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Formen der Kolonisation untergeordnet sind, wie immer auch die ideologischen Aspekte der unterschiedlichen zionistischen Strömungen aussehen mögen.

Anders ausgedrückt: Wenn es auch richtig ist, daß die verschiedenen Etappen, die die zionistische Kolonisation Palästinas kennzeichneten, das Produkt wechselnder und unterschiedlicher objektiver Verhältnisse gewesen sind, so fallen sie doch alle in den Rahmen der Ideologie und Praxis, die Mehrzahl der Juden in der Welt in Palästina zu sammeln und dort einen jüdischen Staat zu gründen, auch gegen den Willen der einheimischen arabischen Bevölkerung. Dies wäre ohne Unterstützung des britischen Imperialismus unmöglich, obwohl es immer auch Reibungen zwischen Britannien und den Zionisten gab.

Die Besonderheit der zionistischen Kolonisation

Vor Gründung des Staates Israel war Palästina ein relativ unterentwickeltes Land, in welchem vor-kapitalistische Verhältnisse herrschten; die arme arabische Bauernschaft stellte den wesentlichen Teil der Bevölkerung; Industrie war fast überhaupt nicht vorhanden. Neben diesem unterentwickelten Gebilde bauten die Zionisten ein modernes sozio-ökonomisches System auf der Grundlage einer entwickelten Technologie, die aus Europa importiert war, und führten kapitalistische Organisationsformen und Investitionsmethoden ein. Um eine moderne Wirtschaftsstruktur in Palästina herausbilden zu können, bestand die Notwendigkeit aktiver Unterstützung durch jüdische Gemeinden in der Welt.

Im Gegensatz zu allen europäischen Kolonisationen war es nicht im Interesse des Zionismus, die örtlich vorhandene billige Arbeitskraft auszubeuten. Sein Ziel war, die wirtschaftliche und soziale Struktur der jüdischen Gemeinschaft zu »normalisieren«. Der Zionismus baute also bewußt eine Wirtschaft und Gesellschaft auf — *unabhängig von und parallel zu* der autochtonen arabischen Gesellschaft. Er mußte die arabische Gesellschaft isolieren, sie reduzieren und schließlich vernichten, um das Entstehen einer exklusiven jüdischen Gesellschaft mit ihren Klassen, ihrem Markt, ihren Institutionen zu ermöglichen. Diese zentrale Aufgabe beschäftigte die zionistische Bewegung in den dreißig Jahren des britischen Mandats in Palästina.

Alle Mittel waren recht, um die Araber aus ihren Stellungen in der örtlichen Wirtschaft auszuschließen; Streiks wurden genutzt, um arabische Arbeiter in den Einrichtungen des britischen Mandats durch jüdische ersetzen zu lassen; das gleiche geschah in der Industrie mit ausländischem Kapital; die arabische Landwirtschaft wurde boykottiert, ja, ihre Erzeugnisse vernichtet, Händler wurden angegriffen; der Boden wurde von Eigentümern, die in der Stadt lebten und mehr an flüssigem Geldkapital interessiert waren als an der Entwicklung des Besitzes, aufgekauft; arabische Araber wurden vertrieben, wenn diese Böden aufgekauft waren. Die arabischen Großgrundbesitzer waren interessiert, die Böden, die sie sehr oft in früheren Jahren durch Manipulation von dem individuellen Bauern und auch von der Dorfgemeinschaft stahlen, jetzt gemeinsam mit den seit vielen Geschlechtern auf ihm sitzenden und ihn bearbeitenden Bauern gegen gutes zionistisches Geld loszuwerden. Woher die von den zionistischen Institutionen erworbenen Böden stammten, ersieht man aus folgender Tabelle:¹

	von abwesenden Grundbesitzern gekaufter Boden in %	von am Platz leben- den Grundbesitzern gekaufter Boden in %	von Fellachen gekaufter Boden in %
1920 - 22	75,4	20,8	3,8
1923 - 27	86,0	12,4	1,6
1928 - 32	45,5	36,2	18,3
1933 - 36	14,9	62,7	22,5

Aus der Tabelle ist zu ersehen, daß die *abwesenden* Grundbesitzer, von denen manche nicht einmal in Palästina lebten, sondern sich im Libanon als Großhändler und Bankiers betätigten, bis Anfang der dreißiger Jahre bereits einen Großteil ihrer Böden an die Zionisten verkauft hatten. Danach waren die *anwesenden* Großgrundbesitzer an der Reihe. Die halbfeudalen Verkäufer verhalfen damit dem Zionismus nicht allein zu landwirtschaftlichen Böden, sondern auch zu einem *politischen* Territorium, das als strategischer Ausgangspunkt zur Errichtung des Staates Israel dienen konnte und so die Entfernung der armen Fellachen von den seit jeher bearbeiteten Böden ermöglichte; »nach getaner Arbeit« stellten sich diese Großgrundbesitzer an die Spitze der nationalen Bewegung der palästinensischen Araber und trugen wesentlich zur Niederlage und der schrecklichen Tragödie der breiten Massen in den Jahren 1948/49 bei.

Im Wettbewerb zwischen der arabischen Landwirtschaft und Industrie und der der Zionisten waren die letzteren von vornherein wegen der modernen Technik, derer sie sich bedienen und der relativ großen Kapitalien, die den Siedlern zur Verfügung standen, die »Sieger«. Die Rückständigkeit der arabischen Industrie im Vergleich zur jüdischen der Vorkriegs-Periode ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich; während des Zweiten Weltkrieges und danach sehen die Zahlen für die Araber noch ungünstiger aus:

Palästinensische Industrie 1935²

	Jüdische Unternehmen	Konzessionen	Arabische Unternehmen
Zahl der Unternehmen	872	5	340
Zahl der Beschäftigten	13 876	2 619	4 117
Brutto-Produkt (in 1 000 LP)	6 046	1 215	1 545
Investiertes Kapital (in 1 000 LP)	4 391	5 789	704
Installierte PS	40 496	139 128	3 194

In den von der Mandatsregierung verliehenen Konzessionen sind die britischen Unternehmen nicht enthalten. Von den 5 Konzessionen gehörten drei den Juden, und diese verbuchten 90 % der Aktivitäten der Gesellschaften, die den Arabern gehörenden 2 Konzessionen nur 10 %. Das verschlechtert noch viel mehr den arabischen Anteil an der palästinensischen Wirtschaft jener Tage.

Die Tätigkeit der »Histadrut« und der zionistischen Institutionen sowie die

Beteiligung zionistischen Kapitals als Juniorpartner in britischen Unternehmen waren das Rückgrat des autonomen zionistischen Wirtschaftssektors. Die wichtigsten Losungen dieser Eroberer der Wirtschaft Palästinas waren »Befreiung des Bodens«, »Eroberung der Arbeit« und »Kauf die Produkte des Landes« — was nichts anderes bedeutete als die Entfernung der arabischen Bauern von ihren Böden, Verdrängung der arabischen Arbeiter aus allen Zweigen der jüdischen und der britischen Wirtschaftszweige und Boykott arabischer Produkte durch alleinigen Kauf von Waren, die von den Juden produziert wurden. Die »Eroberung der Arbeit« wurde von Ben Gurion auf einem »Histadrut«-Kongreß als Ausdruck des Klassenkampfes der jüdischen Arbeiter beschrieben.

Die »Erlösung des Bodens« wurde als antifeudaler Kampf gegen die abwesenden Besitzer dargestellt; man »vergaß«, das Schicksal der armen Fellachen zu erwähnen, denen selbst die Möglichkeit zur Proletarisierung dank der Politik der »jüdischen Arbeit« nicht gegeben war. Wenn diese Bauern sich der Vertreibung widersetzen, dann übernahmen es die Einheiten der »Hagana« (die zionistische Militär-Organisation), sie durch Gewalt zu »überzeugen«, wobei die britischen Behörden im allgemeinen vor solchen ungesetzlichen Aktionen die Augen schlossen.

Die objektiven Bedingungen der zionistischen Kolonisation haben die zionistische »Arbeiter«-Bewegung mit ihren idealistischen Pionieren, ihren »fortschrittlichen« Institutionen wie den Kibbuzim und der Histadrut in die vordersten Linien des Kampfes gegen die Interessen der arabischen Arbeiter und Bauern und der arabischen nationalen Bewegung gestellt, und dies im steten Bündnis mit der britischen Mandatarmacht. Wenn es auch keinen Zweifel darüber geben kann, daß die Führung der arabischen nationalen Bewegung erzkreationär war, bleibt es dennoch dabei, daß diese Bewegung jedes Recht hatte, sich der zionistischen Beschlagnahme Palästinas zu widersetzen. Die »sozialistischen« Losungen gegen die palästinensische Reaktion waren nichts als Heuchelei, wenn sie von denen benutzt wurden, die, mit dem Imperialismus verbündet, ein anderes Volk seiner Böden und Heimat beraubten.

Der Grundunterschied zwischen der zionistischen und der klassischen Kolonisation beruht auf zwei Elementen: der Art der Beziehungen zwischen den Kolonisierenden und der autochthonen Bevölkerung sowie der Art der Beziehungen zwischen der Metropole und der Kolonie.

Der Zionismus hat wie jede kolonistische Bewegung den armen örtlichen Bauern ihre besten Böden weggenommen; er hat die vorgefundene gesellschaftliche Struktur verzerrt; er war der Agent des monopolistischen ausländischen Kapitals; er diente dem Imperialismus in der ganzen Region. Die Besonderheit des Zionismus bestand darin, daß es *nicht sein Ziel war, die vorgefundene Arbeitskraft auszubeuten, sondern sie zu vertreiben, sogar dann, wenn sie rein wirtschaftlich viel rentabler war. Außerdem hatten seine Dienste für das britische Imperium nicht direkt wirtschaftlichen Charakter, sondern waren politischer Natur.* Die Rolle des Zionismus und später des jüdischen Staates war und ist vielmehr polizeilicher und politischer Natur.

Die wirtschaftliche Trennung der beiden nationalen Einheiten der palästinensischen Bevölkerung unter britischem Mandat wurde durch die Trennung der politisch-administrativen Institutionen untermauert. Eine die gesamte Bevölkerung und

unabhängig von der nationalen Verschiedenheit repräsentierende Konstituante gab es der zionistischen Forderung wegen nicht. Im Jahr 1920 hatte der britische High Commissioner die Bildung einer jüdischen »Versammlung der Gewählten« erlaubt, die ausschließlich die jüdische Bevölkerung vertrat und von ihr allein gewählt wurde. Diese »Versammlung« erfüllte für den jüdischen Teil der Landesbevölkerung die Aufgabe eines Parlaments, wählte eine Art Regierung, den »Nationalrat« (Waad Leumi), und schuf fast alle für ein Staatswesen notwendigen Institutionen. Die zionistische Bewegung unterhielt außerdem eine spezielle Bodenkaufs-Einrichtung, »Keren Kejemet« (Jüdischer National-Fonds), für die Errichtung der jüdischen Siedlungen den »Keren Hajessod« und für die Verteidigung die »Hagana«.

Auch die Araber Palästinas hatten ihre eigenen Einrichtungen; aber angesichts ihres sozialen Systems und der überwiegenden Rolle der Clans (»Chamula«), der Stammesherrschaft, konnten diese Institutionen nicht mit dem Modell der europäischen Einrichtungen der Zionisten mithalten. Es handelte sich um einen entstehenden Staat mit all seinen Strukturen, den der Zionismus unter dem britischen Mandat und mit dessen Unterstützung auf die Beine stellte. Dieser Staat »im Werden«, wie ihn die Zionisten nannten, konnte nicht nur erfolgreich das einüben, was später der Staat Israel werden sollte, sondern war auch imstande, jede Möglichkeit eines parlamentarischen Ausdrucks der arabischen Bevölkerung zu neutralisieren.

Die Gründe für die Unfähigkeit des palästinensischen Sektors, der Entwicklung des jüdischen Sektors die Stirn zu bieten, lag nicht allein in der ökonomischen und sozialen Überlegenheit der zionistischen Bewegung und ihrer politischen Instrumente, sondern war vor allem bedingt durch die Unfähigkeit, ja durch den Widerstand der palästinensischen Bourgeoisie, eine industrielle Entwicklung in Palästina selbst nur in Betracht zu ziehen. Der Bürgermeister von Haifa in den vierziger Jahren hatte dies endgültig und absolut so ausgedrückt: »Palästina ist ein armes Land, das niemals industrialisiert werden kann. ... Es kann weder ein industrielles noch ein Handelszentrum werden.«

Die Zionisten erwarben Boden unter der Losung »Hektar um Hektar«; sie errichteten — meist kollektive — landwirtschaftliche Siedlungen auf militärischer Basis (»Choma W'migdal« — Mauer und Turm) und begriffen, welche hervorragende Bedeutung dem Bodenerwerb für die Schaffung einer »unabhängigen« staatlichen Einheit beizumessen war. Sie konzentrierten die Wirtschaft in ihren Händen und erfaßten institutionell systematisch die jüdische Bevölkerung — gänzlich getrennt von den Arabern Palästinas.

Die Verwirklichung der zionistischen Idee der Sammlung der entscheidenden Teile des Weltjudentums in Palästina und die dortige Errichtung eines jüdischen Staates konnte nur ausgeführt werden: a) durch Verdrängung der lokalen arabischen Bevölkerung; b) durch politische und andere Verbindungen mit den stärksten Großmächten; c) durch Errichtung eines »europäischen« Staates und einer Gesellschaft mit moderner Technik, Wissenschaft und Kultur und der *Europäisierung des nicht-europäischen Elements unter den Juden*. (Hierüber in Kapitel 19.)

Die zionistische Kolonisation hat mit allen anderen Spielarten der Kolonisierung die Überführung der ökonomischen und politischen Herrschaft aus den Händen der ursprünglichen Bevölkerung in die der Kolonialisten gemeinsam. Aber obwohl die

Kolonialisten in aller Welt die »Eingeborenen« von den besseren Böden vertrieben, entfernten sie sie grundsätzlich nicht aus dem Produktionsprozeß ihres Landes, sondern beuteten sie als Produzenten ihres Profits aus.

Da die zionistische Kolonisation in Palästina ein »Heimatland« und einen Staat für das Weltjudentum zu errichten bezweckte, stand ihr Ziel im Gegensatz zur »normalen« Kolonisation. Deswegen unternahmen die Zionisten seit dem Beginn der Kolonisation Schritte einer ökonomischen, sozialen, militärischen, politischen, kulturellen und administrativen Konstruktion, die ausschließlich für die jüdische Bevölkerung bestimmt war. Alle Mittel des Zionismus, wie die Eroberung der Arbeit, des Bodens und des Marktes usw., waren zugleich Ergebnisse und integrale Teile der Organisationsstrategie einer *exklusiven* jüdischen Gesellschaft; d. i. die Verwirklichung der zionistischen Idee.

Dan Diner³ macht auf den Doppelcharakter von Boden aufmerksam:

a) Boden als Produktionsmittel zur Erzeugung von Waren und Gebrauchsgegenständen; b) Boden als politisches Territorium. Zur zionistischen Kolonisation mußte Boden in der Form von Ware aufgekauft werden, wurde jedoch in zionistischen Händen primär ein politisches Territorium und Instrument zur Verwirklichung ihrer Ziele. Ferner kommt Diner zu der Schlußfolgerung, daß die imperialistische Unterstützung der zionistischen Kolonisation nur aus strategischem Interesse stattfindet, ohne direkt aus dieser Kolonisation Extra-Profite zu gewinnen. Die Tatsache, daß in dieser Kolonisation billige arabische Arbeitskraft nicht ausgenutzt wurde, bedeutet eine »Modifikation des (Marx'schen) Wertgesetzes«.

Diese Modifikation ist so zu verstehen: Der »Import von Geldern« (in der Vor-Staats-Periode) ermöglichte die Finanzierung des Baus und des Ausbaus der zionistischen Gesellschaft im Gegensatz zur arabisch-palästinensischen und ebenso die effektive Vorbereitung des jüdischen Staates. Beide Kategorien sind Seiten derselben Münze. Die »produktiven Bereiche« sind Teil des Aufbaus der zionistischen Gesellschaft, haben also keinen zwangsläufig »primär wertschöpfenden Charakter«, vielmehr primär politischen Charakter.

Wir können uns jedoch damit nicht begnügen, denn selbst, wenn man von einer »Modifikation des Wertgesetzes« redet, dann stellt sich doch die Frage: Was ermöglichte diese Modifikation? Wo befindet sich hier dennoch das Wertgesetz, wenn es sich um kapitalistische Produktionsverhältnisse handelt?

Die Antwort auf diese Fragen ist folgende: Die bürgerliche Gesellschaft verschwendet viel Finanzmittel für Verwaltung, Polizei, Armee, Gerichte usw.; das ist alles nicht-produktiver Bereich, aber notwendig zur Sicherung der wertschöpfenden produktiven Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft, aus welcher auch die Finanzierung des ersteren Bereichs herkommt; es handelt sich um einen Überbau, der lebenswichtig für die Basis ist.

Die zionistische Bewegung und ihre Institutionen errichteten diesen Überbau in Palästina mit Hilfe von Finanzquellen aus aller Welt, die ihrem Charakter nach die gleichen oder sehr ähnlich waren wie die oben angeführten staatlichen Ausgaben der spendenden Mächte. *Auf künstliche Weise wurde ein Überbau geschaffen, der die Errichtung der Basis ermöglichte*. Der Unterschied zur »normalen« bürgerlichen Gesellschaft besteht hier auf zwei Gebieten: erstens, die Finanzen für die zu

sichernde Basis stammen zum großen Teil nicht aus den »wertschöpfenden Bereichen« in Palästina selbst, sondern aus verschiedenen anderen Teilen der kapitalistischen Welt; zweitens, die zionistischen »produktiven Bereiche« gehörten großteils zum Überbau der entstehenden Gesellschaft und hatten nur teilweise wertschaffenden Charakter.

Diese Zwiespältigkeit der zionistischen Ökonomie vor der Staatsgründung ist einer ihrer wesentlichen Charakterzüge und hat bis heute, 35 Jahre nach der Staatsgründung, ihre Bedeutung nicht eingebüßt, wofür die enormen amerikanischen Finanzhilfen Zeugnis ablegen. Die Staatsbildung eines »normalen« kapitalistischen Staats geht im Prozeß der Ausbreitung der Warenproduktion und der Bildung des Weltmarktes vor sich. Die zionistische Kolonisation in der Vor-Staatsperiode, also im Prozeß der Übernahme der Staatsmacht, konnte diesen Weg nur auf »a-normalen« Wegen gehen, weil der Zionismus als Siedler in einem fremden Land nicht den gewöhnlichen kapitalistischen Prozeß durchlief.

Es ist angebracht, hier auf einen meistens nicht richtig dargelegten Aspekt hinzuweisen. Natürlich entstand ein unvermeidlicher jüdisch-arabischer Zusammenstoß infolge der beschriebenen zionistischen Kolonisation. Dennoch verwirrt die Benutzung des Begriffes »jüdisch-arabischer Konflikt«, der eine gewisse Gleichwertigkeit der gegnerischen Partner voraussetzt. Eine Klärung des Sachverhalts ist nur möglich, wenn man die einseitigen Gewalttätigkeiten der Zionisten versteht:

»Ihren letzten Grund finden die gewaltförmigen Auseinandersetzungen, die sich im Bewußtsein der Zeitgenossen als »Nah-Ost-Konflikt« eingekerkert haben, jedoch im »Urakt« der israelischen Staatsgründung bzw. der sie bedingenden Landnahme, ausgehend vom vermeintlichen Bodenkauf und Maßnahmen, die Tauschverhältnisse hintertrieben.«⁴

Denn nicht um ökonomische, d.h. aushandelbare Bedingungen wurde gerungen, über die mit dem Ziel eines Kompromisses hätte verhandelt werden können, wie es in einem »Konflikt« üblich ist, sondern um ausschließliche Rechte der zionistischen Seite. Da die Araber als Verhandlungspartner oder als Beteiligte in der Staatsführung und Administration nicht in Frage kommen konnten, waren ihre individuellen Rechte und auch die kollektiver Selbstbestimmung außer Frage gestellt.

Auf dem 6. Zionisten-Kongreß 1903 hielt Franz Oppenheimer einen Vortrag, der der zionistischen Bewegung, wie er sich ausdrückte, »im wesentlichen ihre Bahnen vorschrieb. Ich konnte an dem Beispiel der slawischen Länder mit deutscher Oberschicht und deutscher Stadtbevölkerung zeigen, daß es nur ein Mittel gibt, um ein Land wirklich und auf Dauer einem Volkstum zu gewinnen: den Schweiß des Pflügers, der sich mit der Scholle vermählt.«⁵

Dan Diner bringt ein interessantes Zitat von A. Granowsky, einem Aktivisten der zionistischen Kolonisation in der Periode der Vorbereitung des Staates Israel:

»... (Wir) haben nur eine Beschränkung nationalen Charakters: der Erbe muß Jude sein.« (Betrifft Böden des jüdischen Nationalfonds). Und weiter: »Diese im Pachtvertrag festgesetzte Formel wurde von verschiedenen nicht-jüdischen Gegnern und nicht zuletzt von jüdischer Seite wiederholt heftig beanstandet. Die Araber wollten darin ein Mittel der Juden erblicken, sie völlig auszuschalten und sich des Landes zu bemächtigen. Andere nicht-jüdische Kritiker sahen in der restlosen Bevorzugung der Juden bei allen Arbeiten

die Intoleranz der einen nationalen Gruppe gegenüber der anderen. Manche Juden schlossen sich diesem Urteil an und sahen sich durch diese Bestimmung in ihrem Gerechtigkeitsgefühl verletzt.«⁶

Diner faßt zusammen,

»... daß die Verdrängung der ortsansässigen Araber und die Aneignung des Bodens als stoffliche Grundlage der hoheitlichen Sphäre des zukünftigen jüdischen Staates in Palästina den legalen Weg über das privatrechtliche, ökonomische Gestaltungsrecht der zionistischen Institutionen nahm. Die eigentümliche Gewalt der Landnahme ist in der absoluten Verfügungsgewalt des Privateigentümers — des zionistischen Bodenfonds — verborgen und wird durch die staatliche Gewalt der Mandatsmacht exekutiert. Diese Aneignung qua Ökonomieform — die »friedliche Eroberung« — findet aus diesem Grunde ihre Schranken in den finanziellen Möglichkeiten der zionistischen Institutionen, d.h. im »Ausmaß der ... zur Verfügung stehenden Gelder.«⁷

Verfehlte antizionistische Theorie

Die für die palästinensischen Araber grausame Landnahme und Benachteiligung durch Fremde in ihrem Heimatland verpflichtet, gewissenhaft zu analysieren und Entstellungen zu vermeiden, die durch Anwendung schematischer Formulierungen geschehen.

In einem anonymen Artikel finden wir folgendes: »Dieser (der Zionismus) war eine kolonisatorische Bewegung, die am Ende des 19. Jahrhunderts gegründet wurde, um ein bürgerliches Finanzimperium zu errichten.« In Wirklichkeit war die zionistische Bewegung am Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts eines der Ergebnisse der traurigen Situation der Juden in Osteuropa. Die Idee und die Praxis war utopisch und reaktionär, aber von einer Schaffung eines »industriell-finanziellen Imperiums« konnte keine Rede sein; für derartig hochtrabende Ziele bestand keinerlei Basis.

Eine andere Behauptung, daß »der Zionismus ein spezieller Ausdruck der sich ausbreitenden kolonisatorischen Bewegung der europäischen Mächte jener Zeit« gewesen wäre, ist nur begrenzt richtig. Richtig ist sie insofern, als die zionistische Bewegung seit Beginn ihrer politischen Organisation die Anlehnung an eine der Großmächte suchte, die ihr zur Erreichung des Zieles politisch und diplomatisch zu helfen bereit und fähig sein könnte. In diesem Rahmen kann man die zionistische Bewegung in die Kolonisations-Bestrebungen der europäischen Mächte einreihen.

Der Versuch jedoch, die zionistische Bewegung schlechthin als einen Teil der kolonialistischen Taten der Großmächte hinstellen zu wollen, entstellt den tatsächlichen Gang der Dinge. Die zionistische Kolonisation war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges ein wenig erfolgreicher Versuch, und ihre Finanzierung basierte auf »Schnorren«; die Schnorrerei blieb bis zum heutigen Tag eines der Merkmale ihres Wesens. Aber mit »Schnorren« kann man im Zeitalter des Monopolkapitals kein Finanzimperium errichten. Der Zionismus war und ist keine »Weltmacht«, und auch nicht Teil einer solchen. In keinem Moment all seiner Entwicklungsstufen war irgend etwas von Selbständigkeit und Unabhängigkeit an ihm. Er war nicht Teil der »sich ausbreitenden Kolonisationsbewegungen der europäischen Mächte«, sondern

einer seiner armseligen Diener, der von deren Gaben und deren Hilfe abhängig war. Es fehlte ihm an elementaren Voraussetzungen, um eine imperialistische Macht zu werden.

Die Tatsache, daß die zionistische »Arbeiter-Bewegung« das aktivste, effektivste und organisierteste Element der zionistischen Kolonisation war, ist eine erstklassige Besonderheit der zionistischen Kolonisation und unterscheidet sich von den Kolonisationen, die direkt oder indirekt von den imperialistischen Mächten unternommen wurden. Die Kolonisations-Unternehmungen der Großmächte waren eine Folge ihrer Bedürfnisse, neue Kapital-Investitionsgebiete, Warenmärkte und Rohstoffquellen zu finden; nicht so der Zionismus: Die jüdische Bourgeoisie investierte bis 1933 fast nichts in Palästina. Erst als Hitler zur Macht kam und die Juden sich aus Deutschland zu retten versuchten, wurde ein gewisser Kapitalsatz überführt und investiert. Aber selbst in diesem Moment war es nur ein geringer Teil des Kapitals der mitteleuropäischen jüdischen Kapitalisten. Das sind sehr verschiedene Ausgangspunkte, und sie haben völlig andere Dynamiken zur Folge.

Wichtig ist, folgendes festzuhalten: Abstrakt gesehen hatte die zionistische Organisation die Rolle des nicht vorhandenen Kapitalisten in der Kolonisation zu erfüllen. Und gerade diese Besonderheit muß erfaßt werden und entsprechend analysiert werden. Eine zionistische kapitalistische Klasse (ich betone zionistische und meine nicht schlechthin jüdische, wie die Orangenplantagen-Besitzer und Rothschild-Kolonisatoren) begann sich im größeren Maßstab erst nach 1933 zu entwickeln, als Juden aus ganz Europa nach Palästina zu wandern begannen, weil jetzt die Gefahr des antisemitischen Nazismus, aber kein Ideal sie dazu bewegte. In diesem Moment begannen die Privilegien der jüdischen Arbeiter, sich in krasser Weise zu konsolidieren. Schließlich, der Geldstrom aus verschiedenen staatlichen Quellen und Riesen-Schnorraktionen des ZWV nach der Entstehung Israels konsolidierten diesen Zustand noch mehr, sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Bürgern. Dieser Geldstrom fließt in einseitiger Richtung; die Imperialismen, außer einigen wenigen Investitions-Bereichen, ziehen keine Profite hieraus — im Gegensatz zu ihren anderen kolonialistischen Investitionen. Diese »Investitionen« waren und sind Teil des gesamten imperialistischen strategischen Plans. Wegen dieses Geldflusses konnten die jüdischen Arbeiter einen viel höheren Lohn und soziale Wohltaten erhalten als ihre arabischen Klassenbrüder im ganzen Arabischen Osten. Das alles ist keine klassische Kolonisation, und ganz bestimmt nicht das Entstehen eines neuen (»spezifischen«) »imperialistischen Staates«.

Immigration, Kolonisation und die Araber

Die jungen Juden, die durch die Unterdrückung und antisemitische Pogrome gelitten hatten, wanderten nach Palästina meistens mit einem Herzen voll edler Ideale und waren zu allen Opfern bereit. Sie waren davon überzeugt, die Judenfrage dadurch lösen zu können, daß sie die größtmögliche Zahl von Juden in Palästina vereinen und dort einen jüdischen Staat schaffen. Viele verbanden diesen Plan auch mit der Schaffung neuer zwischenmenschlicher Beziehungen, mit Sozialismus. Die

Realität war jedoch völlig anders.

Vor allem mußten die Pioniere sich Mittel verschaffen, um in einem Land überleben zu können, welches ihnen fremd war, unter Bedingungen, auf die sie nicht vorbereitet waren. Um ihnen zu helfen, hatte die zionistische Weltbewegung eine Reihe von Fonds geschaffen, um mit dem in den jüdischen Gemeinschaften gesammelten Geld Boden zu kaufen und die Ansiedlung der Pioniere zu subventionieren. Die Schaffung von Genossenschaften durch die Histadrut war eines der wirksamsten Mittel, um nach dem Ersten Weltkrieg eine wirtschaftliche und soziale Basis für ihre Kolonisationspläne zu schaffen.

Der aus Europa eingewanderte Jude, der in Palästina Arbeiter wurde, hätte ohne das zionistische Kolonisationswerk und ohne die ökonomische Aktivität der Histadrut im Konkurrenzkampf gegen die arabischen Arbeiter nicht standhalten können. Hierin bestand (und besteht, wenn auch in veränderter Weise) das zionistische Interesse des jüdischen Arbeiters, der mit seiner Einwanderung nicht allein sein persönliches Schicksal änderte. Die zionistische »Alija« ist keine abstrakt humane, sondern eine politische Tat.

Die Behauptung von Zionisten, daß die Fellachen von ihnen nicht von ihrem Boden vertrieben wurden und daß die Palästinenser das Land im Jahre 1948/49 aus freiem Willen verlassen hätten, ist nichts als grobe Demagogie. Allein die Tatsache, daß man die ursprüngliche Bevölkerung durch Einwanderung zu majorisieren beabsichtigte, genügt als Gegenbeweis. Dr. Sosskin beschwerte sich schon 1921: »Unser (! — J.T.) Land ist nicht nur klein, sondern es ist zum größten Teil im Besitz anderer«. Unter »unser« sind Menschen zu verstehen, die vor 2000 Jahren dort lebten, dagegen sind die dort gegenwärtig lebenden Bewohner »die anderen«. Chaim Weizman sagte zu gleicher Zeit: »Wenn Sie 100 000 Leute auf diesen Gebieten verankern, dann ist der Nerv Palästinas jüdisch. Das ist der Kernpunkt des Problems.«⁹

Was Herzl mit der arabischen Bevölkerung vorhatte, sahen wir bereits in einem früheren Abschnitt.¹⁰

In jüngerer Zeit vernahm man die brutale Wahrheit aus dem Munde eines der angesehenen zionistischen Führer, Josef Weitz, einem wichtigen Kolonisationsfachmann des Zionismus und langjährig tätig in leitender Position im »Keren Kajemet Leisrael«, dem Fond zum Aufkauf von Böden für die zionistische Kolonisation in Palästina; 1940 erklärte er offenherzig, daß seine Worte nicht seine persönliche Ansicht ausdrückten, sondern daß sie die Ansicht der zionistischen Führung seien:

»Nach dem (Zweiten Weltkrieg) wird die Palästina- und die Judenfrage aus dem Rahmen der 'Entwicklung' herausgekommen sein; unter uns muß klar sein, daß kein Platz für zwei Völker vorhanden ist. Keine 'Entwicklung' wird uns unserem Ziel, ein freies Volk in einem freien Land zu sein, näher bringen. Wenn die Araber es verlassen, werden wir ein großes Land zur Verfügung haben; und wenn sie bleiben werden, wird das Land arm und eng bleiben. Wenn der Krieg mit dem Sieg der Engländer enden wird und wenn die Völker zu Gericht sitzen werden, ist unser Volk verpflichtet, seine Forderungen und Bedürfnisse vorzutragen, und die einzige Lösung ist Palästina, zumindest das westliche Palästina (er meint damit alles westlich vom Jordan — J.T.) und frei von Arabern. Hier ist kein Platz für Konzessionen! Die zionistische Aktion bisher, die der Vorbereitung zur Errichtung des hebräischen Staates in Palästina, war seiner Zeit wertvoll und nützlich und konnte sich

Was ist die Ursache für die Gewalt in Gaza?

von Ramsis Kilani und Yaak Pabst

»Nach neuem Raketenterror: Israel greift sich Hamas-Ziele im Gazastreifen«, berichtet die Tagesschau. Die FAZ titelt: »Antwort auf Raketen von Hamas: Neuer Angriff Israels auf Gaza«. Und die TAZ ist sich sicher: »Nach Raketenbeschuss aus Gaza: Israel greift Hamas-Gebiete an«. Auch andere Medien berichten über den Konflikt in Gaza nach diesem »Eskalationsschema«: Die Hamas agiert, Israel reagiert.

Als eine »Tagesschau«-Meldung vergangener Woche scheinbar mit diesem »Eskalationsschema« bricht, weil sie mit dem einleitenden Satz: »Nach schweren Angriffen der israelischen Armee auf den Gazastreifen [...]« beginnt, wird der Beitrag scharf kritisiert.

Angestoßen hatte die »Kritik« die bekannte Fernsehmoderatorin Andrea Kiewel, die unter anderem den ZDF-Fernsehgarten moderiert. Sie schrieb in der Jüdischen Allgemeinen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen der ARD, Sie irren sich! Ich war vor Ort, als es losging mit den Raketen aus Gaza. Die Reaktion der israelischen Armee darauf war – wie der Name schon sagt – eine Reaktion. Man muss Israel nicht mögen. Man kann diesen Staat kritisieren, sich zur Brust nehmen und ihm viele Fragen stellen. Man muss aber, wenn man Journalist ist, die Wahrheit berichten. Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Wenn also eine Meldung der ARD-»Tagesschau« mit »Nach schweren Angriffen der israelischen Armee« beginnt, erweckt diese Nachricht den Eindruck, Israel hätte angefangen mit den Raketen. Israel sei der Aggressor. Das ist falsch. Ich lege beide Hände dafür ins Feuer. Ich war dabei.

Hunderte Menschen teilen ihren Beitrag, die BILD-Zeitung greift die Meldung auf. Auch andere schließen sich der Kritik an. Der in Berlin aufgewachsene Arye Sharuz Shalicar, ehemaliger Sprecher der israelischen Armee, warf der ARD vor, »mit unpräziser Berichterstattung zu Hass und Hetze aufzustacheln«. Er schreibt: »Dieser Beitrag der @tagesschau spiegelt nicht die Realität wieder, ist höchst unprofessionel, fördert Antisemitismus und relativiert Terrorismus.«

Doch ein genauer Blick zeigt, dass es sich Andrea Kiewel und Arye Sharuz Shalicar viel zu einfach machen. Denn der Konflikt im Gazastreifen beginnt nicht mit dem Raketenbeschuss der Hamas oder anderer palästinensischer Widerstandsgruppen.

Die Geschichte der Gaza-Blockade

Der Konflikt im Gazastreifen reicht bis in die Anfänge der 1990er-Jahre zurück. In dem Versuch, die Erste Intifada zu zerschlagen, begann die israelische Regierung damit, den Gazastreifen einzuzäunen und eine Pufferzone mit militärischer Präsenz zu errichten. 2005 hat Israel zwar die Armee an die Grenzen des Gazastreifens zurückgezogen und auch Siedlungen in Gaza abgebaut.

Damit beendete die israelische Regierung aber die Besatzung nicht. Vielmehr hat sich die Art der Besatzung geändert: Israel hält den Gazastreifen seitdem »besetzt«, indem die Regierung ihn von außen vollständig kontrolliert und abriegelt. Israel übt nach wie vor die Macht über den Gazastreifen aus. Die israelische Regierung kann über den Zugang zu dem Gebiet und dessen Versorgung mit Elektrizität und Wasser nach Belieben bestimmen. Außerdem schränkte sie Gazas wichtigste Nahrungsquelle, die Fischerei, ein und begrenzte Im- und Export sowie den Personenverkehr für das Gebiet. Damit ist Israel nach wie vor Besatzungsmacht und trägt die Hauptverantwortung für die humanitäre Katastrophe in Gaza.

Nachdem Hamas die ersten freien Wahlen in den besetzten Gebieten 2006 klar gewinnen konnte, unterstützte Israel einen Putsch der Fatah. Allerdings gelang dieser nur im Westjordanland, im Gazastreifen hingegen konnten bewaffnete Milizen der Hamas die Umsetzung des Wahlergebnisses durchsetzen. Die israelische Regierung antwortete mit einer umfassenden Verschärfung der Blockade. Der israelische Staat blockiert und kontrolliert alle relevanten Sektoren der Wirtschaft Gazas und reduziert selbst die durchschnittliche Tageszufuhr an Lebensmitteln auf 2279 Kalorien pro Kopf. Für die etwa 4.000 registrierten Fischer, die etwa 1.000 Boote betreiben, wurde die zulässige Fischereizone eingeschränkt. Die größte Reichweite, die Israel in den letzten 10 Jahren zugelassen hat, beträgt 22 km, und manchmal wurde die Grenze sogar auf 1,85 km reduziert. Nach den 1995 unterzeichneten Pariser Verträgen ist Israel verpflichtet, die Fischerei bis zu 37 km zu erlauben, aber

dies wurde nie umgesetzt. Die Überfischung in einem kleinen Gebiet hat im Laufe der Jahre die Fischpopulation verringert und die Fischbrutstätten erschöpft.

Die Kollaboration der ägyptischen Regierung ermöglicht es Israel, den Gazastreifen zu Wasser, Luft und Land militärisch abzuriegeln und wirtschaftlich zu zermürben. Die Konsequenzen der Blockade des Gazastreifens und dreier Angriffskriege sind für die Bevölkerung Gazas lebensbedrohlich.

Während im Jahr 2000 noch 98 Prozent der Einwohner des Gazastreifens Zugang zu sauberem Trinkwasser hatten, sank der Anteil bis 2014 auf 14 Prozent. Heute sind 97 Prozent des Trinkwassers für menschlichen Konsum untauglich. Ein ähnlich desaströses Bild ergibt sich bei der Stromversorgung in Gaza. Das Rote Kreuz sagt, die Stromengpässe bringen Gaza an den Rand eines »systematischen Kollaps«. Die in Gaza tätige Ärztin Dr. Mona el-Farra beschreibt die katastrophale Lage: Vom täglichen Leben bis hin zur lebenswichtigen Infrastruktur kollabiere alles. Es sei einfach unmenschlich. Weiter erklärte sie: »Die Strommenge reicht nicht aus, um die Klär- und Wasseraufbereitungsanlagen richtig am Laufen zu halten. Das Wasser in weiten Gebieten Gazas ist davon betroffen. Die Menschen in den überfüllten Gegendern und Flüchtlingslagern haben nicht genug Wasser.«

Auch die UNRWA, die UNO-Behörde für palästinensische Flüchtlinge, schätzt, dass die fortgesetzte Belagerung Gaza in eine »Zeitbombe« verwandelt habe. Das Land stünde am Rande des vollständigen Kollapses. Der chronische Treibstoffmangel schränkt den Betrieb der Krankenhäuser und Gesundheitszentren ein.

Die Gesundheitsversorgung, das Bildungssystem und die öffentlichen Dienstleistungen liegen am Boden. Die Arbeitslosenrate ist mit über 50 Prozent die höchste der Erde, Strom gibt es nur vier bis sechs Stunden täglich und die Existenz von 80 Prozent der Menschen hängt von ausländischer Hilfe ab. Die UN warnt daher davor, dass der Gazastreifen bis 2020 »unbewohnbar« sei.

Diese verheerende humanitäre Situation der Menschen in Palästina spielt in der Berichterstattung jedoch kaum eine Rolle. Westliche Medien konzentrieren sich vor allem auf die Hamas und den Raketenbeschuss von palästinensischen Widerstandsgruppen. Doch auch wenn Israel von »Selbstverteidigung« oder »Vergeltung« aufgrund des Rake-

tenbeschusses von Palästinensern spricht, die israelische Besatzung und die Blockade des Gazastreifens bleibt die Ursache für den Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser und auch für die militärischen Auseinandersetzungen.

Dass es sich bei der militärischen Auseinandersetzung um einen Konflikt zweier völlig ungleicher Gegner handelt, wird selten Beachtung geschenkt. Denn die Feuerwaffen und selbstgebauten Raketen des palästinensischen Widerstandes können nichts gegen eine der stärksten Armeen der Welt mit ihrem Arsenal an Hubschraubern, Panzern und satellitengesteuerten High-Tech-Waffen ausrichten.

Der Beschuss Israels mit Raketen ist Ausdruck dieses asymmetrischen Konflikts, in dem die überlegene israelische Armee bei ihren bewaffneten Aktionen ein Vielfaches an Opfern in der palästinensischen Zivilbevölkerung verursacht. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Alleine während der letzten israelischen Offensive gegen den Gazastreifen feuerte das israelische Militär um die 14.500 Panzergranaten und 35.000 Artilleriegeschosse auf die Bevölkerung in Gaza. Palästinensische Widerstandsgruppen schossen wiederum 4.881 selbstgebastelte Raketen und 1.753 Mörsergranaten. Laut UN wurden 2.251 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet, davon 1.462 Zivilistinnen und Zivilisten. 11.231 Menschen in Gaza wurden verletzt. Durch die Zerstörung von 18.000 Wohngebäuden entstanden rund eine halbe Million Binnenflüchtlinge. Im Gegensatz dazu wurden 67 israelische Soldatinnen und Soldaten getötet sowie sechs Zivilistinnen und Zivilisten. Bis zu 1.600 Menschen in Israel wurden verletzt.

Die Regierung Israels nutzt den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen systematisch, um die Blockade und die Bombardierungen Gazas zu rechtfertigen. Doch dahinter steht eine politische Strategie. Der verstorbene israelische Premierminister Yitzhak Rabin erklärte: »Ich wünschte, ich könnte eines Tages aufwachen und feststellen, dass Gaza im Meer versunken ist.«

Und genau daran arbeitet die Regierung. Die Hamas ist nur der Vorwand, um den Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser zu brechen. Omar Shakir von Human Rights Watch spricht angesichts der Ausmaße der israelischen Blockade von einer »kollektiven Bestrafung« der Bevölkerung. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte er: »Hier geht es nicht um Israels Sicherheit. Es ist eine politische Stra-

ategie, mit der Druck ausgeübt werden soll, um Hamas zu stürzen. Aber diese Strategie wirkt nicht, sie ist illegal und sie ist zutiefst unmoralisch.«

Gazas Protestbewegung

Und in der Tat haben weder die drei von Israel geführte Kriege 2008, 2012 und 2014 noch die fortgesetzte Blockade des Gazastreifens den Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser brechen können. Im Gegenteil: 2018 riefen palästinensische Lokalkomitees zwischen dem »Tag des Bodens« am 30. März und dem Tag der Nakba am 15. Mai zu einem »Marsch der Rückkehr« am Grenzzaun, den Israel um den Gazastreifen errichtet hat, auf. Der Protestbewegung schlossen sich weit über den geplanten Zeitraum hinaus Zehntausende an. Die Antwort der israelischen Armee fiel brutal aus: Sie verletzte und tötete Demonstrierende mit Blendgranaten, Gummigeschossen, scharfer Munition, Drohnen und sogar Panzern. Unter den mittlerweile fast 30.000 Verletzten und über 270 Toten befanden sich auch Krankenschwestern, gekennzeichnete Journalisten und Kinder. Auch die UN gibt an: »Einige der Menschenrechtsverletzungen könnten Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen sein, die Israel umgehend untersuchen muss«.

Es ist nicht das erste Mal, dass der israelische Staat gezielt Kriegsverbrechen begeht, um seine Politik der ethnischen Säuberungen fortzuführen.

Trotz der erneuten Repression des israelischen Staates geht der Widerstand weiter. Die Protestbewegung am Grenzzaun ging von Lokalkomitees aus und wurde von größtenteils jungen Menschen mit verschiedensten oder auch gar keinen politischen Verbindungen organisiert. Die Darstellung, dass die Proteste als »maßgeblich von der Hamas gelenkt« seien, sind deswegen falsch. Allerdings sahen sich eingesessene Parteien durch den Zuspruch gezwungen, die Demonstrationen zu dominieren. Die Fatah beteiligte sich am Marsch der Rückkehr, obwohl sich die Palästinensische Autonomiebehörde unter ihrem Parteivorsitzenden Mahmoud Abbas politisch gegen das Rückkehrrecht einsetzt und die Lebensbedingungen in Gaza durch das Zurückhalten von Gehältern weiter verschlimmert. Auch die Hamas leistete logistische Unterstützung und verkündete ihre Unterstützung der Bewegung.

Ein Jahr später zeigt sich deutlich, dass die Dynamiken der Graswurzelbewegung eine neue organisatorische Qualität der Protestkultur in die Wege leiten konnten. Seit Mitte März organisiert eine Gruppe namens Bewegung 14. März Demonstrationen. Sie kritisiert dabei nicht nur die Hamas, die mit Repression auf die Proteste reagiert, sondern auch die PA-Behörde unter Abbas und die israelische Blockade, die sie als Hauptgrund für die Situation erkennt. Unter dem Hashtag #wirwollenleben und #hieristGaza prangert die Reformbewegung soziale Missstände wie die kürzliche Steuererhöhung durch die Hamas oder die wirtschaftliche Ungleichheit an und fordert von den palästinensischen Parteien Einheit gegen die israelische Besatzung.

Die Rolle der Hamas in Gaza

Deutschsprachige Medien nutzen häufig das Adjektiv »radikal-islamisch«, um den Charakter der Hamas zu beschreiben. Ein Blick auf die Geschichte der Hamas zeigt, dass diese Beschreibung viel zu schwammig ist: Die Hamas entstand 1987 als politische Bewegung aus der Muslimbruderschaft. Sie ist zwar durchaus eine religiöse Organisation, aber der nationalistische Anteil überwiegt. Ihr erklärtes Ziel ist die Beendigung der israelischen Besatzung und die Errichtung eines unabhängigen Staates. Vor allem deswegen unterstützen viele Menschen in Palästina die Hamas. Die Führung der Hamas zeigt sich jedoch im Laufe ihrer Regierungsübernahme pragmatisch und zu Kompromissen bereit. Trotz dessen konnte die Hamas an der Regierung die Lage in Gaza nicht verbessern. Sie war aber in der Lage, ihre eigene Lage zu verbessern: Auch die Hamas-Eliten sicherten sich Privilegien, wie sie die Funktionäre der Fatah und der PLO in der Westbank für sich geschaffen hatten, sie bauten sich protzige Häuser und kauften teure Autos. Die Hamas hat wegen ihrer Politik in Gaza in den vergangenen Jahren an Popularität eingebüßt – ihr Widerstand hat aber immer noch große Unterstützung in Gaza und auch in der Westbank.

In Deutschland ist von denjenigen, die Israels Vorgehen in Gaza unterstützen, immer wieder der Slogan »Befreit Gaza von Hamas« zu hören. Da die Hamas aber von vielen als Widerstandsbewegung gesehen wird und einen Rückhalt in der Zivilbevölkerung hat, ist die Kriegserklärung gegen die Hamas unweigerlich mit einer Bekämpfung der

Geschichte der Hamas

von marx21 Redaktion

Der Ausbruch der Intifada im Dezember 1987 bedeutete den ersten allgemeinen Aufstand der Bevölkerung in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten. Erstmals war der Kampf gegen die Besatzung nicht beschränkt auf bewaffnete Gruppen wie die Fatah von Jassir Arafat. Die Bewegung erfasste die gesamte palästinensische Bevölkerung. Volkskomitees wurden zur Koordinierung der Proteste gegründet, Hunderttausende beteiligten sich an Demos und Blockaden, die palästinensischen Arbeiter:innen in Israel streikten. Die alten Konflikte zwischen den verschiedenen palästinensischen Strömungen gerieten in den Hintergrund.

Gründung der Hamas

In dieser Stimmung befand die Führung des Ablegers der ägyptischen Muslimbruderschaft in Gaza, der 1979 von Israel anerkannten Mujama al-Islamiya, dass es an der Zeit für einen Strategiewechsel war. Bis dahin war ihre Politik auf die »Islamisierung« der Gesellschaft durch Erziehungsarbeit und Wohlfahrt ausgerichtet – diese Innenorientierung war es, die sie unter »Jihad« (heiliger Krieg) verstanden. Damit verbunden war das Argument, dass der inneren Befreiung durch den Glauben irgendwann auch die äußere Befreiung von der Besatzung folgen würde. Aber die Stimmung des Aufstandes erfasste auch die Mitglieder der Mujama und die Organisation erkannte, dass sie jeglichen Einfluss verlieren würde, wenn sie sich nicht anpasste. So wurde ein politischer Arm gegründet: die Hamas. Der Name ist ein Akronym für das arabisches Harakat al-Muqāwamah al-Islāmiyyah, was Islamische Widerstandsbewegung bedeutet.

Die Hamas lehnte die weltlichen palästinensischen Parteien unter dem Dach der PLO ab und betonte die Religion. In ihrer Sprache wurde der nationale Konflikt zu einem religiösen Konflikt. Damit brach die Hamas absichtlich mit den Traditionen des palästinensischen Widerstands, um sich von der PLO abzusetzen. Zugleich bekam dadurch der Widerstand gegen die Besatzung in der Diktion von Teilen der Hamas

einen antijüdischen Charakter, der in der später von der Führung verworfenen Gründungscharta zum Beispiel durch Bezugnahme auf das antisemitische Machwerk der russischen Geheimpolizei, »Die Protokolle der Weisen von Zion«, deutlich wird.

Aber anders als im europäischen Antisemitismus hat die Hamas keine unterdrückte Minderheit zu einem Sündenbock konstruiert, sondern den Fehler gemacht, den viele Unterdrückte machen: die Propaganda ihres Gegners für bare Münze zu nehmen. Die Palästinenser:innen sind Opfer einer Politik, die behauptet, im Namen aller jüdischen Menschen zu handeln. Sie sind mit einem Staat konfrontiert, der sich selbst als »jüdisch« bezeichnet. Der Nahostkonflikt ist jedoch kein religiöser, sondern ein politischer Konflikt um die Kontrolle über Land und Ressourcen. Die Mehrheit der Israelis ist nicht religiös, die zionistische Bewegung ist eine explizit nationale und nicht religiöse Bewegung, die überwältigende Mehrheit der religiösen Jüdinnen und Juden lebt nicht in Israel, die meisten jüdischen Menschen weltweit unterstützen Israel nicht. In den religiösen jüdischen Gemeinden war der Widerstand gegen das zionistische Projekt von Anfang an erheblich.

Israel hatte seit der Besetzung des zum Großteil von palästinensischen Flüchtlingen bewohnten Gazastreifens 1967 bis zum Ausbruch der Intifada die Aktivitäten der Mujama mit Wohlwollen behandelt. Die Mujama war explizit apolitisch. Sie bildeten ein Gegengewicht zur Linken und den säkularen nationalistischen Kräften, die den Widerstand vor der Intifada dominierten. Anders als die Organisationen der PLO wurde die Mujama nie und die Hamas erst 1989 verboten. So konnte die Hamas in Gaza auf die breite Infrastruktur der Mujama zurückgreifen.

Während der Intifada konnte die Hamas keine große Anhängerschaft gewinnen, vor allem wegen ihres religiös-spaltenden Ansatzes. 1993 wurde aber zu einem Wendejahr. Die Fatah handelte mit Israel in Oslo die »Prinzipienerklärung« aus. Sie ermöglichte es Arafat und seinen Gefolgsleuten, aus dem Exil in die besetzten Gebiete zurückzukehren und dort eine Verwaltung von Israels Gnaden aufzubauen. Zuerst war die große Mehrheit der Palästinenser:innen begeistert und hoffte auf den Verhandlungsweg. Die Intifada wurde beendet und alle, die die Osloer Verträge als Irrweg bezeichneten, waren isoliert. Das betraf sowohl die linken Kritiker:innen als auch die Hamas.

Aber schnell wurde deutlich, dass der Siedlungsbau weiterging und eine Einigung nicht in Sicht war. Die Hamas, die sofort nach Beendigung der Intifada mit militärischen Aktionen gegen die Besatzungsarmee begann, erwarb sich in den besetzten Gebieten den Ruf als unbestechliche Kämpferin für die Befreiung der Palästinenser:innen. Aber das Kräfteungleichgewicht war erdrückend und so waren die Aktionen der Hamas nie mehr als ein Ausdruck der eigenen Ohnmacht.

Nach der Ermordung von 29 Menschen in einer Moschee in Hebron im Februar 1994 durch einen rechten Israeli, begann die Hamas mit Selbstmordanschlägen auf israelische Zivilist:innen, die sie als Vergeltung bezeichnete. Angesichts der militärischen Wirkungslosigkeit und politischen Schädlichkeit erklärte die Hamas im Februar 2005, Selbstmordanschläge zu unterlassen, wenngleich sie Selbstmordanschläge anderer Organisationen weiterhin rechtfertigte.

Sieg bei den Wahlen 2006

Bei den freien Wahlen im Jahr 2006 gewann die Hamas die absolute Mehrheit im besetzten Palästina, also in Gaza und dem Westjordanland. Dieser Erfolg der Hamas war das Ergebnis der letzten zwölf Jahre seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge. Die Verträge führten die Korruption der Fatah den Palästinenser:innen immer wieder vor Augen. Vor allem aber erwies sich der von Fatah propagierte Weg, über Verhandlungen zu einer Zweistaatenlösung zu kommen, die die Belange der Palästinenser:innen auch im Exil und in Jerusalem berücksichtigt, als Sackgasse. Die Hamas hingegen schien Erfolg gehabt zu haben. Ihrer Strategie des fortgesetzten Widerstands im Gazastreifen trieb die Kosten der Besatzung so weit in die Höhe, dass die israelische Regierung 2005 die Siedler:innen aus Gaza abzog. Den Siedlungsbau konzentrierte sie fortan auf das Westjordanland und Jerusalem.

Doch für den Wahlsieg der Hamas im Jahre 2006 wurden die Palästinenser:innen hart bestraft. Israel verhinderte, dass das neu gewählte Parlament zusammentreten konnte, und verhaftete siebzehn Abgeordnete. Danach versuchte die von der Fatah geführte Autonomiebehörde, ermutigt von der israelischen Regierung und den USA, die Strukturen der Hamas in deren Hochburg im Gazastreifen mit einem Putsch zu zerstören. Sie setzte mit Mohammed Dahlan einen gefürchteten Geheimpolizeichef als Gouverneur ein, der eng mit der israelischen

Armee zusammenarbeitete. Die Hamas wehrte sich dagegen und ihre Milizen entwaffneten die Polizeieinheiten der Autonomiebehörde. Israels Reaktion war die Verhängung der Blockade über den Gazastreifen, die bis heute anhält, und an der ägyptischen Grenze von der ägyptischen Armee durchgesetzt wird.

Die Hamas an der Regierung konnte die Lage in Gaza in den Jahren darauf nicht verbessern, ihre eigene Lage hingegen schon. Auch die Hamas-Eliten sicherten sich Privilegien, wie sie die Funktionär:innen der Fatah und der PLO im Westjordanland für sich geschaffen hatten. Sie bauten sich protzige Häuser und kauften teure Autos. Für die meisten Menschen in Gaza wurden Güter des täglichen Bedarfs hingegen zunehmend unerschwinglich. Während die offiziellen Grenzen dicht waren, bis auf für wenige ausgewählte Güter, für deren Abfertigung die israelische Armee eine hohe Gebühr verlangte, kontrollierte die Hamas die Tunnel nach Ägypten und erhob ihrerseits hohe Steuern auf alle Waren, die über diesen Weg nach Gaza kamen.

Die Opposition gegen dieses Regime wurde unbarmherzig bekämpft, Todesstrafen wurden verhängt und es wurde eine immer rigidere Sittenordnung durchgesetzt. Aus diesen Gründen verlor die Hamas an Unterstützung. Die Menschen hatten sie wegen ihrer Reputation als Widerstandsbewegung gewählt. Doch sie waren tief enttäuscht, als diese sich wie eine Art zweite Autonomiebehörde – auch als Fatah II bezeichnet – benahm. Die Hamas bereicherte sich und behinderte den Widerstand. Zum Beispiel lösten Sicherheitskräfte der Hamas im November 2011 mit brutaler Gewalt das Jugendforum Sharek in Gaza auf. Daraufhin veröffentlichten Jugendliche aus Gaza ihr Manifest, das mit den Worten »Fuck Israel. Fuck Hamas. Fuck Fatah« die allgemeine Wut über die politische Korruption und die israelische Besatzung ausdrückte.

Israels wiederholte Bombardierungen zerstörten die öffentliche Infrastruktur Gazas. Betroffen waren und sind Krankenhäuser, Kläranlagen, Wasser, Strom, der Flughafen, Straßen, Schulen, UN-Einrichtungen und der Hafen. Schließlich konnte die Hamas wegen der erbarmungslosen Blockade Gazas die grundlegenden Funktionen des Gemeinwesens – Bildung, Ernährung, Sicherheit, Gesundheitsversorgung – nicht mehr erfüllen. Die Menschen in Gaza wurden immer unzufriedener. Die Illusion, die Hamas könne die Lage der Palästinenser:innen verbessern, war gründlich enttäuscht worden.

Autonomie Regierung + Korruption

In dieser Situation schien eine Einheitsregierung gemeinsam mit der Fatah einen Ausweg zu bieten. Nach einigem Hin und Her stimmten alle Fraktionen der Hamas – das Politbüro in Katar, die Kassam-Brigaden und die Verwaltung in Gaza – diesem Fahrplan zu. Im Rahmen der Einheitsregierung ließ sich die Hamas auch auf drei Bedingungen ein. Die USA und EU hatten diese für ihre Bereitschaft mit der Hamas zu verhandeln gestellt: 1. Israel würde anerkannt, 2. der bewaffnete Kampf würde eingestellt und 3. bereits bestehende Abkommen würden eingehalten.

Bei dem Gedanken, dass die Hamas als Verhandlungspartner international anerkannt werden könnte, schrillten in der Regierung Benjamin Netanjahus die Alarmglocken. Am 17. Juli 2014 startete das israelische Militär die größte Invasion seit mehr als zehn Jahren. Ziel war es, die »Einheitsregierung« von Hamas und Fatah zu verhindern und die Strukturen der Hamas im Westjordanland zu zerstören. Die Hamas antwortete erstmals seit dem Waffenstillstand 2012 wieder mit dem Beschuss israelischer Ziele. Es folgte ein furchtbares Bombardement der seit Jahren eingeschlossenen Bevölkerung Gazas.

Widerstand bleibt populär

Zwar hat die Hamas wegen ihrer Politik in Gaza an Popularität eingebüßt, ihr Widerstand aber hat sehr große Unterstützung. Mahmud Abbas, Chef der Fatah, weiß das. Er fürchtet, dass auch seine Palästinensische Autonomiebehörde als Agentur der israelischen Besatzung wahrgenommen und angegriffen wird. Die für Mai 2021 angesetzten Wahlen ließ er unter einem Vorwand absagen. Es trieb ihn die Angst, die ersten Wahlen seit 15 Jahren zu verlieren. Nicht die Stärke der Hamas, sondern die Schwäche von Abbas, dessen Fatah mit gleich mehreren Abspaltungen konfrontiert ist, bewog ihn zu diesem Schritt. Mit der erneuten Eskalation in Jerusalem durch den ebenfalls mit dem Rücken zur Wand stehenden Netanjahu und dem darauffolgenden Raketenbeschuss seitens der Hamas und der Bombardierung Gazas durch Israel ist es jedoch wieder die Hamas, welche als Speerspitze des palästinensischen Widerstands dasteht.

Durch die jüngsten Vorstöße der israelischen Regierung und Armee in Jerusalem, im Westjordanland und in palästinensisch bevölkerten Städten in Israel selbst verteidigte die Hamas diesen Ruf auch über den

! belagerten Gazastreifen hinaus. Nichts könnte ihre schwindende Popularität besser aufpolieren als der aggressive Kurs der israelischen Politik.

Germany's Anti-Palestinian Stance Is Rooted in Anti-Communism

BY

LEANDROS FISCHER

German police shut down a Palestine solidarity conference last week, the latest in a long line of repressive moves. The anti-Palestinian witch hunt is rooted in a political culture that stigmatizes left-wing radicalism while indulging the far right.

In Heinrich Böll's 1974 novel *The Lost Honour of Katharina Blum*, adapted as a film a year later by Volker Schlöndorff and Margarethe von Trotta, a young woman's life is destroyed by the tabloid press, which invades her privacy and torments her on account of her fleeting romantic association with an alleged anarchist bank robber. Quite justifiably, readers and viewers at the time interpreted the work as an allegory for the prevailing political climate in the Federal Republic.

Originating from the country's student movement in the late 1960s, armed conspirational groups such as the Red Army Faction (RAF) and the Revolutionary Cells (RZ), had wreaked havoc by assassinating key political and business figures and bombing US military installations. Influenced by Latin American and Chinese guerrilla struggle theory, these groups believed that their actions would cause the state to shed its liberal facade, in turn enabling a social revolution.

They were quite right about the first part of their assumption, but fatally wrong about the second. In the course of trying to track down and neutralize these groups, West Germany was indeed transformed into an authoritarian police state, where the borders of the *Rechtsstaat* — the rule of law — were frequently transgressed. However, rather than provoking a social revolution, these measures were largely accepted by the broad populace, further isolating the entire radical left, even those who fundamentally disagreed with the tactics of the terrorists.

RAF figures like Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, and Andreas Baader became pariahs, depicted by the tabloid press as spoiled middle-class children murdering innocent civilians and indulged by lazy intellectuals. Böll himself was frequently accused of being a *Sympathisant* — a “sympathizer” — of the RAF’s ideology and tactics, and his novel was a thinly disguised polemic against the methods employed by the *Bild*, Germany’s notoriously right-wing conservative tabloid.

Being a “sympathizer” was the worst thing one could be in the eyes of West Germany’s guardians of public discourse at the time — it was a slur capable of destroying livelihoods and ending careers. The arrests of the RAF’s founders and their deaths in custody in 1977 accelerated the decline of the radical left, as former radicals joined the emerging Green Party or withdrew from politics altogether.

Militant Democracy

What is less remembered today, however, is that those extreme measures were not so much implemented by Christian Democrats — although they firmly supported them — but by the Social Democrat-led governments of Willy Brandt (1969–74) and Helmut Schmidt (1974–82). It was the Brandt government — widely remembered today as a beacon of social modernization — that legislated the infamous *Radikalenerlass* in 1972, the banning of individuals holding “extremist views” from public service, which overwhelmingly affected the radical left.

Compared to the conservative right, the Social Democratic Party (SPD) identified far more strongly with the Federal Republic and its self-definition as a “militant democracy” (*wehrhafte Demokratie*). The concept means that in contrast to the liberal Anglo-Saxon model, the German state deems the suspension of certain civil rights tolerable, if this serves to safeguard democracy in the long run. Germany’s internal intelligence service, the Federal Office for the Protection of the Constitution, compiles annual lists of organizations under surveillance, which according to its view threaten the “liberal democratic basic order.”

Among those under surveillance are not just neo-Nazi organizations, but Islamist organizations, other “foreign extremists” (mainly sympathizers of Palestinian, Kurdish, Tamil, or other movements) and practically every relevant radical left-wing organization. This doesn’t mean that Germany is an “illiberal democracy” like Hungary or Turkey. The judiciary is independent and has recently played a contradictory role, banning some pro-Palestinian demonstrations yet overturning bans on others for being unconstitutional. It does mean, however, that in contrast to the British state, for example, the right to free speech is subordinated to what the German state regards as the long-term interest of “democracy.”

The concept of militant democracy was first officially formulated by West Germany's constitutional court in 1952, in the context of the banning of a neo-Nazi party. But it would be used again to legitimize the banning of the German Communist Party (KPD) four years later. Indeed, in a context where former Nazis populated virtually every corner of West Germany's politics, media apparatus, and business community, it was the radical left rather than the extreme right that was on the receiving end of the state's wrath.

Decades of "militant democracy" have done nothing to disrupt the collusion of the German "deep state" with neo-Nazi militants, as the cover-ups around the case of the National Socialist Underground (NSU) terrorist organization and its killing spree against migrants in the 2000s show, as do revelations on the existence of neo-Nazi cells within the country's armed forces. During the Cold War, the dominant equation of fascism with Stalinism conveniently externalized responsibility for Nazi crimes to an abstract "totalitarianism," while directing the charge of "extremism" against any challenge from the Left. Today, the neofascist Alternative for Germany party (AfD) can proudly proclaim membership in the mainstream by, among other things, accusing the Left of "extremism" as well as "antisemitism" due to its perceived support for Palestinians.

That the conservative right would identify with the anti-left thrust of "militant democracy" is obvious enough. Their ranks being full of former Nazis, the Christian Democrats loved a doctrine that regarded the Federal Republic as a complete break with the Nazi regime. But why did the SPD identify with the concept so much, to the extent that it oversaw an authoritarian transformation of the state, which targeted the entirety of the radical left, not just the RAF?

Social Democratic Anti-Communism

Part of the answer lies in the history of German Social Democracy. In the late nineteenth and early twentieth century, the SPD was a self-proclaimed revolutionary party. However, its championing of a gradual transition toward socialism through incremental reforms gave birth to a conservative layer of bureaucrats that saw its main role as that of an arbiter between the state and the working class.

It was this transformation that, with the honorable exceptions of Rosa Luxemburg and Karl Liebknecht, led to the party's capitulation to its "own" ruling class at the outbreak of World War I. Following the war, Social Democratic leaders like Gustav Noske worked together with the protofascist Freikorps paramilitaries to suppress the socialist revolution. The SPD was still a party that commanded the allegiance of millions of workers. But its insistence on advancing working-class interests through avenues it could control led it to effectively assume a counterrevolutionary role.

The SPD subsequently identified strongly with the Weimar Republic. It attributed the eventual demise of the Weimar system with the rise of the Nazis to power in 1933 to both “extremes” — the Nazis and the Communists — who were accused of working almost in tandem to undermine Germany’s first liberal democracy. The KPD’s disastrous “social fascism” position during that time, by which it labeled the SPD as more dangerous than the Nazis, does lend credence to this thesis. But this does not absolve the SPD of its own responsibility.

Like the KPD, the party also rejected a united front against Adolf Hitler. Furthermore, it supported the growing authoritarianism of the Weimar Republic in its final years, which effectively rendered it a preparatory regime for the Nazis. It went so far as to support the election of right-wing field marshal Paul von Hindenburg as president in 1932, ostensibly to stop Hitler. Claiming that democracy was undermined by “both extremes” and that today this necessitates a “militant democracy” has historically served to obscure the SPD’s own disastrous role in inadvertently enabling the rise of fascism.

Following World War II, the experience of the forced merger between the KPD and the SPD in the Soviet occupation zone hardened the SPD’s anti-communism. Its postwar leader, Kurt Schumacher, spoke of Communists as “red-painted Nazis.” The 1950s SPD still claimed adherence to Marxism and opposed the Federal Republic’s integration into NATO.

However, by the early 1960s, the party had dumped Marxism and embraced Atlanticism. “Militant democracy” at home translated into militant anti-communism abroad. In 1973, for instance, the SPD was instrumental in the creation of the Portuguese Socialist Party — founded in a wine pub in the small town of Bad Münstereifel — which would play a key role in weakening the Portuguese Communist Party and diverting the 1974 Carnation Revolution into “safe” parliamentary avenues.

It is important to emphasize that the reason behind all these right-wing shifts was not a sinister desire to betray the workers and world revolution. The SPD simply regarded the German state as its own. It saw working-class interests as being best served through redistributive policies that demanded a strong (West) German capitalism.

This reformism by definition included attempts to claim the state’s ideology as its own. Even in the late nineteenth century, during the party’s revolutionary phase, SPD leader Wilhelm Liebknecht could proudly proclaim that the Social Democrats were “a thousand times more patriotic” than the ruling class.

In the 1970s, such reformism brought about social reforms that benefitted millions of workers, such as easing access to higher education for working-class youth. In addition, it involved distancing the Federal Republic from the United States by engaging in *Ostpolitik*, an opening to the Eastern Bloc that saw West German firms reaping the benefits of cheap Soviet natural gas. But it also meant the SPD would apply an iron fist against forces in society that wanted to go beyond mere reforms, as

well as implementing racist deportation policies and clinging on to an ethnic conception of German citizenship.

The SPD has long embraced the logic of neoliberalism. In terms of membership, it is a shadow of its former self. Olaf Scholz is not near to being a modern-day Brandt or Schmidt, charisma-wise. And the party looks on helplessly as the AfD's rise in the polls continues unabated.

But echoes of its adherence to “militant democracy” are still heard, as it — together with the Greens — joins the parties of the Right and extreme right in cracking down on solidarity with the people of Gaza wherever it can, ostensibly out of a sense of responsibility for past German crimes against the Jews and a corresponding commitment to “openness” and “democracy.”

Neither Guilt nor “Germans Being Germans”

The slur of “Israel-centered antisemitism” or “left-wing antisemitism” has become the German establishment's weapon of choice for silencing critics of Israeli war crimes and the German government's well-documented complicity in them. Very recently, philosopher and critical thinker Nancy Fraser published a letter from the rector of the University of Cologne, Joybrato Mukherjee — an SPD member of Indian heritage — informing her of the university's decision to cancel her planned visiting fellowship, the reason being Fraser's signing of a petition in solidarity with Palestine.

The incident adds to a long list of cancellations by German institutions of invitations, awards, and funding of scholars and artists for their support of Palestinian rights. The list is becoming longer, with a great percentage of names on it, like Fraser herself, being conspicuously Jewish, disproving the thesis that Germany's current anti-Palestinian witch hunt is guided by a sense of guilt for the Holocaust. Many outside Germany have been astonished by the rapid provincialization of German discourse, while German scholars, many of whom have been silent on the genocide committed in Gaza, are slowly beginning to sense the dangers of isolation from the global realm of critical thinking.

Much like the West German discourse that castigated left-wing intellectuals in the 1970s as spiritual forefathers of the RAF's terrorism, contemporary German commentary never ceases to attack “postcolonial theory” or figures such as Judith Butler as intellectual apologists for “ Hamas terror.” Whereas liberal philosopher Jürgen Habermas accused left-wing students in 1967 of being “left-wing fascists,” today's German mainstream media warn of “left-wing antisemitism” at German campuses due to the growth of Palestine solidarity initiatives within them.

The absurdity of current German discourse has for some years now been the subject of interventions by scholars and journalists that lament the parochial turn taken by Germany's once-celebrated *Erinnerungskultur* ("memory culture"). The narrative here deconstructs this manufactured "antisemitism crisis" as a nationalist project.

On the one hand, this project resists the penetration of German discourse by new ideas (largely situated within English-speaking academia) that seek to illustrate lineages between European colonialism and the Holocaust or to generally "decolonize" taken-for-granted epistemologies. On the other hand, it seeks to discipline the increasing diversity of German society and politics that became exponentially more tangible following the so-called "summer of migration" in 2015. According to this viewpoint, only those who are fully able to assimilate the lesson that Holocaust guilt must translate into uncritical support of Israel can be considered "real Germans."

These explanations are certainly true to a very large extent. There are some quite uncomfortable continuities at play in a situation where Germans virulently attack Jews critical of Israel of "antisemitism." But it would be too easy here to draw the false conclusion that German culture is exceptionally parochial and needs to become more like the United States or Britain.

For one thing, an overwhelming majority of Germans have been critical toward Israel's conduct in the Gaza Strip, with popular attitudes toward the conflict showing no great divergence from other European countries. The United States is still the world's most pro-Israel country. On the other hand, state-sanctioned racism and police repression have been the response of Western governments everywhere to popular indignation at Israel's genocidal policies toward the Palestinians. What, then, explains the German establishment's current zealous identification with the most extreme right-wing Zionist positions?

Antisemitism, Philosemitism, and Anti-Communism

Ever since national unification in the late nineteenth century, German elites have had a complex — to say the least — relationship to the country's Jews. Unlike France, where the French Revolution granted Jews full civil rights in its immediate aftermath, the political emancipation of German Jews was a drawn-out process, with legal equality only being achieved in 1871.

Even then, while generally faring well economically, Jews faced numerous restrictions. Antisemitism was a foundational ideology of many powerful institutions, including the state-affiliated Protestant Church, the German universities, or the Junker landowning class. German capitalism was not entrenched as a result of a revolution that handed power to the bourgeoisie, as had previously been the case in Britain or France, but rather was imposed by the absolutist state.

As such, the German romantic nationalism that developed during the nineteenth century championed an ethnic, hereditary conception of citizenship, which — increasingly influenced by pseudoscientific race theories — began to see Jews as the ultimate Other. The pervasiveness of antisemitism in late-nineteenth and early-twentieth-century German culture provided the Nazis with a ready-made discursive arsenal, by which Jews could be scapegoated as culprits for all of society's ills, subsequently expelled from the social realm and dehumanized, and finally exterminated in the Holocaust.

The most principled opposition to this antisemitism did not come from German liberals but rather from the workers' movement, in which Jews assumed positions as key thinkers and even leaders. August Bebel's famous notion of antisemitism as the "socialism of fools" was not so much intended as a moralistic condemnation of Jew-hatred, but as a strategic guiding principle emphasizing the fundamental incompatibility between antisemitism and working-class interests.

Antisemitism was mostly entrenched in the middle classes, whose destruction following the 1929 Wall Street crash would accelerate the growth of the Nazi party. At the same time, anti-socialist and antisemitic rhetoric tended to fuse, epitomized by the construct of "Judeo-Bolshevism" and the genocidal character of Hitler's war against the Soviet Union.

The aftermath of World War II, the division of Germany, and the practical disappearance of German Jewry, either through emigration or annihilation, reconfigured the German establishment's attitude to Jews. The 1952 Luxembourg Agreement between West Germany and Israel — which offered generous financial aid to Israel as "reparations" for the Holocaust in exchange for German rehabilitation in the eyes of Zionism — primarily benefited the US goal of reintegrating an eventually rearmed and barely de-Nazified West Germany into the US-led alliance.

While diffuse antisemitism at the social level negatively identified Jews with Israel at that time, leading conservatives, such as Chancellor Konrad Adenauer and Bavarian prime minister Franz Josef Strauss, increasingly saw Israel in a positive light. US inclinations toward détente following the 1956 Suez/Hungary double crisis, which saw Dwight D. Eisenhower pull the plug on the Anglo-French-Israeli attack on Egypt while de facto accepting the Soviet sphere of influence in Eastern Europe, made German conservatives look to Israel as part of a global anti-communist crusade.

The sentiments were also shared by the SPD, albeit from a different starting point. The Socialist International had supported Israel and identified ideologically with the ruling "socialist Zionism" of Mapai, the Israeli Labor Party, as a third way between capitalism and state socialism. In opposition, the SPD was vocal in its support of the Luxembourg Agreement, while conservatives equivocated.

However, for the Social Democrats, it wasn't simply moral considerations that led them to support the agreement. The SPD was especially nationalist at the time. Its opposition to NATO did not stem from principled anti-imperialism but from the fact that Adenauer's turn to the West was solidifying

the division of Germany, severing it from its traditional heartlands in eastern Germany. The SPD also needed a “clean slate” for German nationalism.

When Israel militarily defeated Pan-Arabism in 1967, West German conservatives could openly embrace Jews and Israel (seen as one and the same) as worthy allies, embodying Prussian militarist values in the Middle East by defeating the Soviet-backed armies of Egypt and Syria. As in the United States, the West German establishment offered “communal membership” to Jews. Their acceptance was essentially conditioned upon their usefulness as anti-communist foot soldiers.

Thus, the symbiotic relationship between antisemitism and anti-communism was replaced by an equally projective relationship between philosemitism and anti-communism. The constant was, of course, the assumption that Jews could never really be considered part of the national body, with their “real” homeland being Israel, not Germany.

It is a cliché in Germany nowadays to claim that the West German radical left had an antisemitism problem due to its support for Palestinian liberation. The story of RZ terrorists separating Jewish from non-Jewish passengers during a hijacking in Entebbe in 1976 is always mentioned as exemplary of the post-1968 left hitting a moral ground zero. However, there are several issues with this narrative.

In a context where almost nonexistent Jews were positively conflated with Israel, it is quite plausible that, for many individuals within the radical left, zealous identification with the Palestine Liberation Organization (PLO) was a convenient way to deflect their feelings of intergenerational guilt for Nazi crimes. Like any other racism, antisemitism is a social phenomenon that can also infect people holding progressive views.

However, the West German radical left was not just comprised of the RAF and the RZ. It included many Maoists, Trotskyists, orthodox Communists, and even young socialists, who were also strongly supportive of the Palestinians (albeit not uncritically) and who had serious disagreements with the tactics of urban guerrilla warfare. The only evidence of a programmatic articulation of antisemitism within the radical left that the accusers (many of whom are former leftists) can present is the Left’s anti-Zionism, as expressed in support for objectives like a single “secular democratic state for Jews, Muslims, and Christians” that denies “Israel’s right to exist.”

Toward the “Anti-Fascism of Fools”

Up until the late 1970s, Holocaust memory played little part in West German political discourse. Support for Israel was, of course, justified with a German responsibility for the Holocaust, but it was

subordinated to the Federal Republic's main *raison d'être*, anti-communism. As such, there were some divergences.

The SPD-led governments in the 1970s, while still strongly supportive of the Zionist state, nonetheless pursued an opening toward the Arab world, guided by the prospect of lucrative energy and arms deals. This also included contacts with the PLO and a recognition of the Palestinians' right to self-determination.

But growing awareness of the Judeocide in the United States began reaching West Germany through television series like *Holocaust*. While there was widespread recognition of the crimes committed against the Jews, both conservatives and social democrats, for different reasons, assigned exclusive responsibility for them to the inner core of Hitler's entourage. Only the post-1968 radical left was willing to raise the tough issues about fascist continuities within the Federal Republic. Questions about the responsibility of ordinary Germans thus began to arise.

At the same time, German conservatives embarked on a project of rehabilitating German nationalism, rolling back the social gains of 1968 and increasing their autonomy in foreign affairs. Chancellor Helmut Kohl famously spoke in 1984 in the Israeli Knesset of the "mercy of being born late," implying that younger generations such as his were untainted by the Nazi past and were thus less restricted by the lessons of German history. In 1985, Kohl and Ronald Reagan paid a joint visit to a cemetery in the small town of Bitburg, where members of the Waffen-SS were also buried.

Two years later, the *Historikerstreit* — the "historians' quarrel" — would give concrete expression to the positions of German revisionism and its discontents. Historian Ernst Nolte provoked the debate, framing the Holocaust as a "preemptive" measure against Bolshevik atrocities.

Habermas correctly attacked Nolte's revisionism and neo-nationalism, while espousing a nonethnic conception of "constitutional patriotism." However, by emphasizing the Holocaust's fundamental incomparability — detaching it from the wider dynamics of capitalist crisis, counterrevolution, colonialism, and imperialism — Habermas would lay the groundwork for today's climate of anti-Palestinian censorship.

Essentially, the *Historikerstreit* was resolved through a convergence between various political actors. Former radicals turned liberals, now organized through the framework of the Green Party, began institutionalizing themselves within the German state and its ideologies, just like the Social Democrats a century earlier. On the other hand, the limits of a neoconservative project in postwar Germany became evident. Any kind of projection of German power, especially after reunification, would have to tread carefully and take place within the framework of European integration.

Rather than being a source of shame, memories of the Holocaust and the processing of their history by Germans now became sources of pride. This pride would eventually be articulated by Angela

Merkel's 2008 placement of "Israel's security" as part of Germany's *Staatsräson*, its *raison d'être* — the idea that Germany's commitment to Israel should trump any other consideration, including human rights and international law.

For Palestine solidarity in Germany, the entrenchment of this new ideology had disastrous effects. If the Holocaust lay beyond history, and if the state of Israel resulted from the Holocaust, then any questioning of its self-ascribed "right to exist" meant that one was now making common cause with German neoconservatives. The fringe *Antideutsch* current within the post-reunification radical left certainly took this conclusion to the extreme, identifying itself fully with the George W. Bush wars in the early 2000s as crusades against "Islamofascism."

But it wasn't just the *Antideutsche* that were affected. Broad swaths of the Social Democrat and Green mainstream have adopted what can only be described as an "antifascism of fools," devoid of any class content and willing to equate both "extremes," drawing an equal sign between a radical and violent far right with a class-oriented and pro-Palestinian left.

The Need for a Class-Oriented Left

Just how entwined an anti-left attitude is with a militant pro-Zionist posture was shown during the process of the Left party (Die Linke)'s institutionalization in the late 2000s and early 2010s.

Threatened by this new party, the establishment made strategic use of accusations of "left-wing antisemitism" to weaken its more radical wing. These attempts were successful, as they would be some years later in the case of Jeremy Corbyn's Labour Party.

Die Linke's radical edge has long been dented, with the party moving in the direction of social liberalism. What bothered the establishment was not so much the active solidarity of some Linke members with the Palestinians, but its anti-neoliberal and anti-militarist stance. In this context, Israel Marxist Moshe Zuckermann correctly described the accusation of antisemitism as an "instrument of domination" (*Herrschaftsinstrument*).

Today the charge of antisemitism in Germany serves explicitly anti-left purposes. As it is directed against a large swath of the working class that is of Arab or Turkish heritage, it is inherently divisive, propagating a "sacred union" of German workers with their bosses and the state against "imported antisemites." On the other hand, the accusation of "left-wing antisemitism" against the radical left represents a throwback to the dark "years of lead" of the 1970s anti-left witch hunt.

As absurd as it appears from the outside, many of those behind the censorship of pro-Palestinian voices, including of many Jewish voices, sincerely believe their actions help to defend democracy

and counter a rising far right. But just as the SPD's "patriotism" that enabled its acceptance of German imperialism in 1914 or its defense of the Weimar Republic against both "extremes," which enabled the rise of the Nazis, and just as the "militant democracy" of the 1970s helped defeat the radical left and pave the way for Kohl's neoconservatism, the "anti-antisemitism" of German liberals, Greens, and Social Democrats today, rather than hindering the Right, endows it with more legitimacy.

It is important to bear these facts in mind. In a climate of economic malaise and growing militarism, especially following Russia's invasion of Ukraine in 2022, Germany is not exceptionally parochial. It is rather the most acute example of the crisis of liberal hegemony and the willingness of liberals everywhere to indulge racism and police repression against the Palestine solidarity movement, elements that inadvertently strengthen a neofascist right.

What can stop the current witch hunt is not so much the opening up of German academia to liberal English-speaking discourse but a class-oriented and internationalist left that is able to stand up to militarism, whether in Gaza, Ukraine, or elsewhere.

CONTRIBUTORS

Leandros Fischer is a postdoctoral researcher in migration studies at Aalborg University. He has previously taught at the University of Cyprus in Nicosia and conducted fieldwork among migrants to Cyprus from the Middle East. He is active in movements for the right to the city in Limassol.

FILED UNDER

Germany

Party Politics / Policing and Repression

Nazism / Palestine / Antisemitism / Anti-Communism / German Social Democratic Party / Israeli Occupation / Alternative für Deutschland (AfD) / Die Linke / Far Right

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

26. März 2021

Präambel

Wir, die Unterzeichnenden, legen die „Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus“ vor. Sie ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichner:innen zählen internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Die Erklärung profitierte auch von der Einbindung von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1969, der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 und des Beschlusses der Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust aus dem Jahr 2005 vertreten wir die Auffassung, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

Im Wissen um die Verfolgung von Jüd:innen im Laufe der Geschichte und die universellen Lehren aus dem Holocaust und angesichts des besorgniserregenden Wiedererstarkens von Antisemitismus durch Gruppierungen, die Hass und Gewalt in Politik, Gesellschaft und im Internet mobilisieren, legen wir eine anwendbare, prägnante und historisch fundierte Kerndefinition von Antisemitismus mit einer Reihe von Leitlinien für die Benutzung vor.

Die Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus reagiert auf die „IHRA-Definition“, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als „Arbeitsdefinition“ bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärentes Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird. Wir empfehlen unsere nicht rechtsverbindliche Erklärung als Alternative zur IHRA-Definition. Institutionen, die die IHRA-Definition bereits übernommen haben, können unseren Text als Hilfsmittel zu ihrer Interpretation nutzen.

Die IHRA-Definition enthält elf „Beispiele“ für Antisemitismus, von denen sich sieben auf den Staat Israel beziehen. Dies legt zwar einen unangemessenen Schwerpunkt auf einen bestimmten Schauplatz; allerdings besteht wirklich ein großer Bedarf an Klarheit über die Grenzen legitimer politischer Äußerungen und Handlungen in Bezug auf Zionismus, Israel und Palästina. Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: (1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und (2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren. Wir sind nicht alle der gleichen politischen Meinung und wir verfolgen keine politische Parteinahme. Die Feststellung, dass eine kontroverse Ansicht oder Handlung nicht antisemitisch ist, bedeutet weder, dass wir sie befürworten, noch dass wir sie ablehnen.

Die Leitlinien, die sich auf Israel-Palästina beziehen (Nr. 6 bis 15), sollten als Ganzes betrachtet werden. Generell sollte bei der Anwendung der Leitlinien jede im Lichte der anderen und immer mit Blick auf den jeweiligen Kontext gelesen werden. Zum Kontext kann die Intention hinter einer Äußerung, ein Sprachmuster im Wandel der Zeit oder sogar die Identität des Sprechers oder der Sprecherin gehören, besonders wenn es um Israel oder den Zionismus geht. So könnte etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet. Kurz: Bei der Anwendung dieser Leitlinien auf konkrete Situationen sind Urteilsvermögen und Sensibilität gefordert.

Definition

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

Leitlinien

A.

Allgemein

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.
2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, in der „die Juden“ eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass „die Juden“ Regierungen mit einer „verborgenen Hand“ kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als „Staat im Staat“ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedliche (und sogar gegensätzliche) politische Ziele instrumentalisiert werden.
3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.
4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt („kodiert“) sein. Zum Beispiel ist „die Rothschilds kontrollieren die Welt“ eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht „der Juden“ über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.
5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B.

Israel und Palästina: Beispiele, die als solche antisemitisch sind

6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.
7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.

8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z.B. bei einer politischen Versammlung).
9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.
10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

C.

Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.
12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen „zwischen dem Fluss und dem Meer“ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.
13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.
14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.
15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

Fragen und Antworten

Was ist die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus (Jerusalem Declaration on Antisemitism, JDA)?

Die JDA ist eine Ressource zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. Sie umfasst eine Präambel, eine Definition und 15 Leitlinien.

Wer hat sie verfasst?

Eine Gruppe internationaler Wissenschaftler:innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen. Die JDA wird von einem breiten Spektrum renommierter Wissenschaftler:innen und Institutsleiter:innen in Europa, den USA und Israel unterstützt.

Warum „Jerusalem“?

Die JDA geht ursprünglich auf eine Konferenz am Van Leer Institut in Jerusalem zurück.

Warum jetzt?

Die JDA reagiert auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 vorgelegt hat. Die „IHRA-Definition“ (einschließlich ihrer „Beispiele“) ist weder klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von Palästinenser:innen und anderen, einschließlich Jüd:innen, die sehr kritische Ansichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei. Die JDA reagiert auf diese Situation.

Ist die JDA also als Alternative zur Arbeitsdefinition der IHRA gedacht?

Ja, das ist sie. Menschen, die guten Willens sind, suchen nach Orientierung in der Schlüsselfrage: Wann überschreitet die politische Rede über Israel oder Zionismus die Grenze zum Antisemitismus und wann sollte sie geschützt werden? Die JDA soll diese Orientierungshilfe bieten und sollte daher als Ersatz für die IHRA-Definition angesehen werden. Wenn eine Organisation jedoch die IHRA-Definition formell übernommen hat, kann sie die JDA nutzen, um die Unzulänglichkeiten der IHRA-Definition zu korrigieren.

Für wen gilt die Definition?

Die Definition gilt unabhängig davon, ob jüdische Identität ethnisch, biologisch, religiös, kulturell usw. verstanden wird. Sie ist auch in Fällen anwendbar, in denen eine nichtjüdische Person oder Institution entweder fälschlicherweise für jüdisch gehalten wird („Diskriminierung aufgrund der Wahrnehmung“) oder wegen einer Verbindung zu Jüd:innen angegriffen wird („Diskriminierung aufgrund von Assoziation“).

Sollte die JDA offiziell z.B. von Regierungen, politischen Parteien oder Universitäten übernommen werden?

Die JDA kann als Ressource für unterschiedliche Zwecken genutzt werden. Dazu gehören die Aufklärung darüber und die Schaffung eines Bewusstseins dafür, wann Sprache oder Verhalten antisemitisch sind (und wann nicht), die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus usw. Sie kann genutzt werden, um im vorgegebenen Rahmen von Gesetzen und Normen zum Schutz der Meinungsfreiheit bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen zu helfen.

Sollte die JDA als Teil von Gesetzen gegen Hassrede genutzt werden?

Nein, das sollte sie nicht. Sie ist keinesfalls als rechtliches oder quasi-rechtliches Instrument gedacht. Noch sollte sie rechtlich kodifiziert oder dazu genutzt werden, um die legitime Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre zu beschränken oder um freie und offene Debatten innerhalb der durch die Gesetze zur Hasskriminalität vorgegebenen Grenzen zu unterdrücken.

Wird die JDA alle aktuellen Auseinandersetzungen darüber, was antisemitisch ist und was nicht, beilegen?

Die JDA spiegelt klar die fachliche Autorität wissenschaftlicher Expert:innen aus den relevanten Feldern wider, doch kann sie nicht alle Streitpunkte beseitigen. Kein Dokument über Antisemitismus kann erschöpfend sein oder alle Formen vorwegnehmen, in denen sich Antisemitismus in der Zukunft manifestieren wird. Einige Leitlinien (z.B. Nr. 5) geben nur wenige Beispiele, um einen allgemeinen Aspekt zu verdeutlichen. Die JDA ist als Nachdenk- und Diskussionshilfe gedacht. Als solche ist sie eine wertvolle Ressource für

Beratungen unter Stakeholder:innen/Interessensgruppen darüber, wie Antisemitismus zu identifizieren und wie ihm möglichst effektiv zu begegnen ist.

Warum geht es in 10 der 15 Leitlinien um Israel und Palästina?

Das spiegelt die Gewichtung in der IHRA-Definition wider, in der 7 von 11 „Beispielen“ sich auf die Debatte über Israel konzentrieren. Es reagiert zudem auf eine öffentliche Debatte, sowohl unter Jüd:innen als auch in der breiteren Bevölkerung, die ein Bedürfnis nach Orientierung in Bezug auf Meinungsäußerungen über Israel oder den Zionismus aufzeigt: Wann sollten sie geschützt sein und wann überschreiten sie die Grenze zum Antisemitismus?

Was ist mit anderen Kontexten außer Israel und Palästina?

Die allgemeinen Leitlinien (1-5) sind auf alle Kontexte anwendbar, einschließlich des rechtsextremen, in dem Antisemitismus zunimmt. Sie sind zum Beispiel auf Verschwörungstheorien anwendbar, dass „die Juden“ hinter der Covid-19-Pandemie steckten oder dass George Soros die Black-Lives-Matter- und Antifa-Proteste finanziere, um „verborgene jüdische Absichten“ zu verfolgen.

Unterscheidet die JDA zwischen Antizionismus und Antisemitismus?

Diese beiden Konzepte unterscheiden sich grundsätzlich. Nationalismus, jüdischer oder sonstiger, tritt in vielen Formen auf, steht aber immer zur Diskussion. Intoleranz und Diskriminierung, ob gegen Jüd:innen oder irgendjemand anderes, sind nie akzeptabel. Das ist ein Axiom der JDA.

Geht also aus der JDA hervor, dass Antizionismus nie antisemitisch ist?

Nein. Die JDA versucht zu klären, wann Kritik an (oder Feindseligkeit gegenüber) Israel oder dem Zionismus die Grenze zum Antisemitismus überschreitet und wann nicht. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Merkmal der JDA, dass sie (anders als die IHRA-Definition) auch angibt, was nicht per se antisemitisch ist.

Welche politischen Absichten liegen der JDA in Bezug auf Israel und Palästina zugrunde?

Keine. Genau darum geht es. Die Unterzeichnenden haben vielfältige Ansichten zum Zionismus und zum israelisch-palästinensischen Konflikt, einschließlich möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder Zwei-Staaten-Lösung. Gemeinsam ist ihnen der Einsatz für zwei Dinge: den Kampf gegen Antisemitismus und den Schutz der Meinungsfreiheit auf der Grundlage universeller Prinzipien.

Aber unterstützt die Leitlinie 14 nicht BDS als gegen Israel gerichtete Strategie oder Taktik?

Nein. Die Unterzeichnenden haben unterschiedliche Ansichten zu BDS. Leitlinie 14 besagt nur, dass gegen Israel gerichtete Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen, wenn gleich umstritten, nicht per se antisemitisch sind.

Wie kann man dann entscheiden, wann BDS (oder irgendeine andere Maßnahme) antisemitisch ist?

Dafür gibt es die allgemeinen Leitlinien 1 bis 5. In manchen Fällen ist offensichtlich, wie sie anzuwenden sind, in anderen nicht. Wie immer kann der Kontext bei der Einschätzung des Charakters jeglicher Form von Intoleranz oder Diskriminierung einen erheblichen Unterschied machen. Zudem sollte jede Leitlinie im Lichte der anderen gelesen werden. Manchmal ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Die 15 Leitlinien sollen dabei helfen.

Laut Leitlinie 10 ist es antisemitisch, „Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben“. Widerspricht das nicht den Leitlinien 12 und 13?

Es besteht kein Widerspruch. Die in Leitlinie 10 erwähnten Rechte haben jüdische Einwohner:innen des Staates, unabhängig von seiner Verfassung oder seinem Namen. Leitlinien 12 und 13 stellen nur klar, dass es nicht per se antisemitisch ist, andere politische oder verfassungsrechtliche Regelungen vorzuschlagen.

Was sind, kurz zusammengefasst, die Vorteile der JDA gegenüber der IHRA-Definition?

Es gibt mehrere, darunter:

- Die JDA profitiert von mehreren Jahren der Reflexion und kritischen Bewertung der IHRA-Definition. Im Ergebnis ist sie klarer, kohärenter und nuancierter.
- Die JDA führt nicht nur aus, was antisemitisch ist, sondern auch, im Kontext von Israel und Palästina, was nicht per se antisemitisch ist. Dies ist eine Orientierungshilfe, für die es großen Bedarf gibt.
- Die JDA beruft sich auf universelle Prinzipien und verbindet den Kampf gegen Antisemitismus, anders als die IHRA-Definition, klar mit dem Kampf gegen andere Formen der Intoleranz und Diskriminierung.
- Die JDA trägt dazu bei, einen Raum für die offene und respektvolle Diskussion schwieriger Themen zu schaffen, einschließlich der umstrittenen Frage der politischen Zukunft für alle Bewohner:innen Israels und Palästinas.
- Aus all diesen Gründen ist die JDA stichhaltiger. Anstatt zu spalten zielt sie darauf ab, alle Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus breitestmöglich zu vereinen.